

# Metallarbeiter-Zeitung

## Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 1 Mark, Einzelnummer 25 Pfennig  
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,  
Berlin S. 14 - Postfachkonto Stuttgart Nr. 6804

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Kummer  
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Adlestraße 16  
Fernsprecher S.-U. 62841

Erscheint wöchentlich am Samstag  
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste  
Schriftgröße ohne Freilumschlag werden nicht zurückgeliefert

### An unsere Verbandsmitglieder!

Von der kommunistischen Gewerkschaftszentrale ist zum 30. November und 1. Dezember d. J. ein „Kongress der revolutionären Gewerkschaftsopposition“ nach Berlin einberufen. Aufgabe dieses Kongresses soll sein, die Verstärkung der oppositionellen Arbeit in den Betrieben und in den Gewerkschaften, die Vorbereitung der Betriebsrätewahlen und der Verbandswahlen zum Ausbau und zur Festigung der revolutionären Oppositionsbewegung. Im Verlauf der Tagung sollen auch besondere Konferenzen der einzelnen Industriezweige abgehalten werden. Auch die „Herausbildung einer neuen Kampfstrategie bei wirtschaftlichen Kämpfen“ (Wahl von Kampfleitungen) gehört mit zu den Aufgaben des Kongresses. Der sogenannte Zweck soll „die rücksichtslose Niederkämpfung der Agenten der sozial-faschistischen Gewerkschaftsbürokratie“ sein.

Da nach kommunistischer Auffassung zur „Gewerkschaftsbürokratie“ auch alle ehrenamtlich tätigen Funktionäre der Verbände einschließlich der Betriebsräte gehören, würde das Ergebnis solchen Vorgehens, wenn es Erfolg hätte, zur Zerschlagung der Gewerkschaften führen. Von den Machern des Kongresses wird bestritten, daß er sich „mit der Gründung neuer Gewerkschaften beschäftigen wird“. Das ist lediglich eine taktische Wendung. Würden sich genügend Leute aus den Verbänden zum Kampf gegen die verhassten Amtlerdame Gewerkschaften gewinnen lassen, so daß es sich lohnt, würde auch vor der Errichtung eines „eigenen Ladens“ nicht zurückgeschreckt. Die Trauben hängen eben für die Fische zu hoch!

Das alte Ziel der kommunistischen Zellenbildung in den Gewerkschaften und in den Betrieben soll hiernach in verkürztem Tempo fortgesetzt und auch im nächsten Jahre die Betriebsrätewahlen mit selbständigen kommunistischen Listen in Verbindung mit den unorganisierten Arbeitern betrieben werden. Eine solche Handlung schafft aber keine neue Kraft, sondern täuscht sie nur vor. Neue Kraft wird nur geschaffen, wenn die unorganisierten Arbeiter zum Anschluß an die Verbände und zur geistigen Eingliederung in die Gewerkschaftsarbeit veranlaßt

werden, damit die Gewerkschaftsbewegung in den Stand gesetzt wird, nicht nur die bisherigen Errungenschaften gegen den Ansturm ihrer Feinde zu behaupten, sondern sie auch weiter auszubauen. Eine Bewegung wie die kommunistische schwächt die Arbeiterbewegung; wirkt nicht revolutionär, sondern reaktionär zugunsten der Unternehmer. Sie hemmt den Prozeß des raschen Anschlusses der unorganisierten Arbeiter an die Verbände; sie zerstört den kollegialen und kameradschaftlichen Geist der Arbeiter untereinander, ohne den nützliche Arbeit nicht denkbar ist.

Aus dieser Erkenntnis haben unsere Verbandsstage die Mitglieder verpflichtet, solches die Arbeiterschaft schwer schädigendes Treiben nicht nur nicht zu unterstützen, sondern in der entschiedensten Weise zu bekämpfen. Wir warnen deshalb unsere Verbandsmitglieder vor der Beteiligung an dem kommunistischen Gewerkschaftskongress und an seinen Vorbereitungen. Vorbereitung und Abhaltung von Gewerkschaftskongressen, Durchführung der Betriebsrätewahlen und Führung wirtschaftlicher Kämpfe sind ureigene Angelegenheiten der Gewerkschaftsverbände und gehen die kommunistische Partei nichts an.

**Verbandsmitglieder! Haltet euch fern von dem freiblen Spiel der Kommunisten, wirkt innerhalb eurer Organisation entschlossen und systematisch am Aufbau eines neuen Arbeits- und Sozialrechts, gemeinsam mit den durch das Vertrauen der Mitglieder berufenen Stellen im Verband. Kämpft und wirkt für brüderliche Solidarität unter den Arbeitern.**

Mitglieder, die unter Verletzung ihrer gewerkschaftlichen Pflichten an den Vorarbeiten des kommunistischen Gewerkschaftskongresses oder gar als Delegierte an ihm teilnehmen, sowie die Arbeiter der kommunistischen Opposition für die nächsten Betriebsrätewahlen begünstigen, verstoßen damit gegen die Beschlüsse des DMB und haben alle sich daraus ergebenden Folgen zu tragen.

**Der Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes.**

### Keiner zeichne das Volksbegehren! Ein „Freiheitsgesetz“ von Freiheitschändern

Die Deutschen werden jetzt aufgefordert, das Volksbegehren für ein „Freiheitsgesetz“ zu unterzeichnen. Welche Bewandnis es mit diesem sonderbaren Gesetz hat, lassen schon die Bilder erraten, die von den Urheber des Begehrens an die Plakataulen und Mauern geklebt worden sind. Da sieht man zum Beispiel auf einem der Bilder einen französischen Soldaten, der, auf einen Säugling deutend, sagt: „Auch das Kind dieses Kindes soll noch Tribut bis 1988 zahlen!“ Auf einem andern Plakat sieht man eine Schreckgestalt die Peitsche über einen pflügenden Bauern schwingen und darunter die Worte: „60 Jahre Tribut!“ In Veröffentlichungen wird gar behauptet, daß Deutschland auf lange Zeit hinaus Sklaven an die Siegermächte liefern müsse.

Mit derartigen Bildern und Behauptungen sollen die guten Deutschen zur Unterzeichnung dieses Volksbegehrens angefeuerert werden. Dieses Begehren richtet sich gegen den kürzlich von der Ministerkonferenz im Haag angenommenen Young-Plan. Wer nun das Begehren unterzeichnet, der bekennet sich zu dem „Freiheitsgesetz“, das diejenigen mit Buchhaus bedroht, die den Young-Plan und sonstige Verpflichtungen Deutschlands an die Siegermächte eingehen.

Das klingt so übel nicht — für politische Säuglinge: Unterstützt eine genügende Zahl von Deutschen das Begehren, dann muß der Reichstag das Freiheitsgesetz annehmen, der Young-Plan darf dann nicht angenommen werden und... und... So mögen, wie gesagt, politische Säuglinge folgern: Vernünftige Menschen indessen werden, und das mit vollem Rechte folgern: Dann bleibt eben der Dawes-Plan bestehen, Deutschland hat noch höhere Summen zu zahlen, die besetzten Gebiete werden von der fremden Besatzung nicht frei und auch die andern Wilderungen, die der Young-Plan bringt, werden auf den Zimmerleinstag verschoben. Denn nur ein politischer Säugling kann glauben, daß, wenn das Volksbegehren eine Mehrheit fände, die Siegermächte großmütig auf die deutschen Zahlungen zur Wiedergutmachung der Kriegsschäden verzichten.

Wer also das Volksbegehren unterzeichnet, erklärt, daß er auf den Young-Plan mit seiner Verminderung der Reparationssummen, der Befreiung der besetzten Gebiete und auf manchen andern Vorteil verzichtet.

Aber sollten dies alles nicht auch die Urheber dieses Volksbegehrens wissen? Freilich wissen sie das. Diese gerissenen Geschäftemacher wissen ganz gut, daß wenn ihr Volksbegehren eine Mehrheit findet, die Lage des deutschen Volkes nicht nur nicht verbessert, sondern arg verschlimmert wird; daß Deutschland nicht weniger, sondern mehr zu bezahlen und neue Reparationen zu gewärtigen hat und daß es mit der mit den Siegermächten glückselig angebahnten Versöhnung wieder zu Ende ist.

Das ist es gerade, was die Väter des „Freiheitsgesetzes“ wollen! Sie wollen, daß sich das deutsche Volk mit andern Völkern nicht verhält und befreundet, sondern verfeindet. Sie wollen das deutsche Volk gegen die andern Völker heizen, damit diese gegen jenes gehetzt werden können. Sie wollen, daß das deutsche Volk in Unruhe und Furcht gehalten wird, daß es seine Hände und Köpfe gegen die jenseits der Grenzen richtet, damit es seine Hände und Köpfe nicht

gegen die teuflische Sippe im Innern richten kann. Die Urheber des Volksbegehrens brauchen im Innern Verwirrung und nach außen Sach, damit sie im Innern wie nach außen ihre jauberen Pläne ungehindert verfolgen können. In der Verwirrung macht der Satan die besten Geschäfte.

Damit die sauberen Pläne gelingen, wird der faule Zauber mit dem „Freiheitsgesetz“ gemacht. Wird der gute Deutsche mit dem „Tribut“ geängstigt. Wird künftigen Gemütern die Befreiung von Deutschen als Sklaven für die Siegermächte vorgespielt.

Wir sind die letzten, die den Young-Plan preisen. Wir sind die ersten, die seine Änderung wünschen und erstreben. Wir wissen aber auch, daß dies nicht durch den Humbug des „Freiheitsgesetzes“ möglich ist, sondern durch Weiterführung des Versöhnungswertes und Verständigung mit den andern Völkern. Und weiter sind wir der Ansicht, daß es den Deuten, die hinter diesem Volksbegehren stehen, am allerwenigsten um die Freiheit des deutschen Volkes zu tun ist.

Wer sind denn eigentlich die Leute, die uns durch ein Gesetz vom Young-Plan oder von den Kriegszahlungen befreien wollen? Nun, es sind die nämlichen Leute, die an dem Krieg ein vollgültiges Teil haben. Die für seine Verlängerung tollwütig kämpften. Die an dem Kriegskrieg schuldig sind und an dem größten Raub, der je an einem Volke verübt wurde, an der Inflation, an dem Krieg, der Ruhrbesetzung und aus der Inflation haben sie reichen Gewinn gezogen. Mit diesem Südbündel werden nun nationalitätliche Banden ausgehoben, Anschläge gegen die Republik und die Arbeiterschaft genächt und die Revolven gelauft, die gegen ehrliche Arbeiter und Republikaner abgefaßt werden. Wo immer Verführer gegen den deutschen Freistaat und seine Arbeiterschaft beizummen waren, waren die Väter dieses Humbugs von „Freiheitsgesetz“ als Anführer und Ausführende mitten unter ihnen.

Diese Sippe hat Grund, das Ende ihres verbrecherischen Tuns zu befürchten. Sie will es aber noch länger treiben. Zu diesem Zwecke schwärmt sie von Befreiung des deutschen Volkes — sie, die seine Freiheit immer geschändet hat. Zu diesem Zwecke ergründet sie von einem Sklavenleben der Deutschen für die Siegermächte — sie, die immer und überall die Verblödung deutscher Menschen betreiben. Zu diesem Zwecke heben sie gegen die Siegermächte — sie, die vor einigen Monaten erst sich zu Paris mit französischen Nationalisten traut verständigen wollten.

Das Volksbegehren unterzeichnen, heißt diese unheilvolle Sippe, die wirklichen Feinde der deutschen Republik und ihrer Arbeiterschaft häufen. Das Volksbegehren unterzeichnen, heißt die sich mildebrade Last des deutschen Volkes aufs neue erschweren und die Aussicht auf seine Erleichterung vernichten.

So kann die Entscheidung nicht schwer sein: Herabsteigen von der Unterzeichnung! Gegen das Volksbegehren wirken! Diesen selbstgekauften Volksbefreier die Rast des Heuschlers herunterreißen! Die Befreiung Deutschlands von der Kriegslast ist nur allmählich und durch Fortführung der Versöhnung mit den andern Staaten zu erreichen. Und die Befreiung wird um so eher gelingen, je erfolgreicher die Väter des Volksbegehrens, die eigentlichen Urheber des Krieges und seiner Lasten, zu Beuten getrieben werden.

### Elektrisches Licht und seine Industrie

Für einen halben Dollar die deutschen Belange

Das goldene Jubiläum des elektrischen Lichtes wird in diesem Jahre in Amerika gefeiert. Vor 50 Jahren stellte Edison seine ersten Kohlenfadenlampen her. Ohne Edisons Verdienste schmälern zu wollen, muß aber berichtigt werden, daß die Erfindung der elektrischen Lampe deutschem Erfindergeist zu verdanken ist. Schon vor 75 Jahren erleuchtete der Mechaniker Heinrich Goebel mit vier elektrischen Lampen sein Schaufenster, um Vorbeigeher auf der Straße aufmerksam zu machen. Er war nach Amerika ausgewandert und versuchte dort seinen Lebensunterhalt zu verdienen. Sein Geschäft ging sehr schlecht, so daß er auf Mittel und Wege sann, es zu heben. Lichtreflexe ganz neuer Art sollte das Mittel sein und seine Lampen zeigten schon alle wesentlichen Merkmale der heutigen Glühlampe. Mit dem damals nur zur Verfügung stehenden schwachen galvanischen Strom ließ sich keine hohe Leuchtkraft erzielen. Unerkannt in ihrer großen Bedeutung für die Zukunft geriet diese Entdeckung in Vergessenheit, da Goebel seine Erfindung nicht weiter verfolgte.

Erfolgreichere Energiequellen, die Edison zur Verfügung standen, ermöglichten ihm, brauchbare Kohlenfadenlampen auf den Markt zu bringen. Die Patente sicherte sich die General Electric Co. Die Arbeit des Forschers Karl Freiherr Auer von Welsbach im Bunenschen Laboratorium führte zu einer neuen Lichtquelle. Aus der Beobachtung der seltenen Erden wie Cer, Lanthan, Thor, Zirkon u. a. in der Flamme des Bunenschen Gasbrenners kam der Gedanke, diese für einen Leuchtkörper zu verwenden. Der Auer-Gas-Glühlampenzweig führte zur Verbreitung der Kohlenfadenlampe ein Halt entgegen. Der weiteren Arbeit des gleichen Forschers haben wir die Metallfadenlampe zu verdanken, die das elektrische Licht wieder weitverbreitbar machte. Um 1900 brachte die Auer-Gesellschaft die Osram-Lampe in den Verkehr. Auf seinen Forschungen weiter bauend, trat die AEG mit der Kernstrahl- und Wolframlampe auf den Plan, und Siemens wollte mit der Tantallampe den Markt erobern.

Das Geschäft in Glühlampen war sehr einträglich, obwohl der Wettbewerb den Profit beeinträchtigte. Sonderbarerweise verständigte man sich zuerst international und vereinbarte den Patentaustausch. Erst später wurde der nationale Zusammenschluß in Deutschland vollzogen. Im Jahre 1919 wurde mit einem Grundstock von 38 Mill. die Osram-Gesellschaft, Kommanditgesellschaft von diesen drei Firmen gegründet und die Osramlampe wurde das Einheitsprodukt. Als Gesellschafter brachten die AEG und Siemens je 40 vH an Kapital ein, den Rest stellte das Bankhaus Koppel (Auer-Gesellschaft). Auf zehn Jahre Arbeit kann jetzt der Osram-Konzern zurückblicken.

Der internationale Zusammenschluß in festerer Form erfolgte vor drei Jahren. Alle wesentlichen Glühlampenhersteller der Welt haben sich in der Philips zusammengeschlossen. Der Glühlampenvollvertrag sichert seinen Partnern den vollständigen Austausch der Patente, die Typisierung und Standardisierung der Produkte, wie auch die Preisfestsetzung. Nach dem Stande der damaligen Produktion wurde die weitere Abdimmung und das Abtaggebiet der Partner geregelt. Weiter werden einheitlich Maßnahmen getroffen, um die Absatzmöglichkeiten dauernd zu steigern. Die Glühlampenindustrie hat sich dadurch eine Monopolstellung geschaffen, die kaum zu erschüttern ist. Der Konsument wird mehr und mehr diesen „Dribbenden-Schrauben“ ausgeliefert und der Unternehmerprofit steigt und steigt.

Anscheinend hat der holländische Partner Philips durch seinen Nachhunger zu Bedenken Anlaß gegeben. Das soll der Grund sein, daß seit zwei Jahren sich die Osram-Gesellschaft bemüht, die Amerikaner (GEC) an Osram zu beteiligen. Der General Electric Co. wurden 16 vH der Anteile angeboten (fast die gleiche Summe, mit der die GEC schon bei Philips beteiligt ist), damit sie durch ihren Einfluß den eigenwilligen Partner fester bei der Stange halte. Der tatsächliche Abschluß ist vor kurzem erfolgt. Weiter teilt die Presse mit, daß die GEC die Italienische Glühlampenfabrik an Osram abgetreten habe, die fast ganz amerikanischer Besitz war.

Dieser schieflich-friedliche Zusammenschluß erhält durch neueste Zeitungsberichte eine ganz andere Wendung. Danach behagte es den Amerikanern nicht, einflußlose Partner bei Osram zu sein. So ist es zu verstehen, daß die GEC sich beizeiten ein gewichtiges Paket AEG-Aktien beschaffte und dann ihre Ansprüche geltend machte. Mit vier Serren sind sie in den Aufsichtsrat eingerückt und ein weiterer Platz steht ihnen noch offen. Die GEC hat sich über die AEG einen starken Einfluß auf die deutsche Elektrowirtschaft gesichert. Die AEG wird allerdings durch diese Geschäftsverbindung sowie den weiter geschäftlichen Vorgängen bei Osram in Kampfstellung gegen Siemens gedrängt. Wie der Generaldirektor der AEG, Bücher, berichtet, ist das amerikanische Geschäft „freiwillig“ abgeschlossen worden.

### Aus dem Inhalt

	Seit
An unsere Verbandsmitglieder! — Keiner zeichne das Volksbegehren! — Elektrisches Licht und seine Industrie	337
Akt.-Ges. vormals Seidel & Naumann	338
Elektrische Wächterkontrollanlagen — Schutzmittel gegen das Reißen der Seile bei Elektrodrägen — Helium als Traggas für die Zeppeline	339
Von der Trene — Maxel kauft auf Abzahlung — Mit der Armut Ausban der Invalidenversicherung — Unfallverhütung und Berufskrankheiten — Fabriken und Bäder	340
Jugend und Alter — Theodor Leipart schwer verunglückt	341
Auch in Japan keimt die Saat	342
	343

# Akt.-Ges. vormals Seidel & Naumann

## Seit sechs Jahren ohne Dividende

Von Julius Fries

Die Aktiengesellschaft vormals Seidel & Naumann, Dresden, nach Singer die zweitgrößte Nähmaschinenfabrik in Deutschland, beschäftigte im Jahre 1928 4000 Arbeiter und 440 Angestellte. Damit war der Höchststand der Jahre 1924 und 1925 hinsichtlich der Arbeiterzahl wieder erreicht, die Zahl der Angestellten betrug in den genannten beiden Jahren allerdings 500. Im Geschäftsbericht wird gleich einleitend gegen die — heftigen Arbeiter- und Angestellten Sturm gelaufen. Es heißt da:

„Die der Industrie in den letzten Jahren trotz eindringlicher Warnungen einseitiger Wirtschaftsführer immer wieder aufgezwungenen Lohn erhöhungen können durch technische Verbesserungen nicht mehr wettgemacht werden und haben zusammen mit den Steuern und Lasten, die kein anderes Land der Welt in gleichem Maße zu tragen hat, die deutsche Konkurrenzfähigkeit in unseren Artikeln, namentlich im Auslande, immer mehr untergraben sowie zu einem Ausscheidungsprozess auch in unserer Industrie geführt, der die weniger gerüsteten Werke zum Erliegen bringt und dadurch auch die Arbeitnehmer in ihrer Existenz bedroht und schädigt.“

Diese Behauptung ist etwas reichlich abgeleiert. Wir wundern uns auch nicht, daß in der Generalversammlung zur Rechtfertigung des diesjährigen Dividendenausfalles dreißt hinauskompetet wurde, man habe seinerzeit die Wirkung der Lohn erhöhungen im Vorjahre noch nicht übersehen können, die Lohnaufwendungen seien um 600 000 M gestiegen, ein Kleinaktionär allerdings, ein Landgerichtsrat, brachte in der Generalversammlung die in der Öffentlichkeit bekanntgewordenen Unterstellungen von Lageristen zur Sprache und bemängelte, daß die Verwaltung diese Vorkommnisse verschwiegen habe. Die Verwaltung ließ erwidern, daß es sich hierbei nicht um Unterstellungen, sondern um Betrugsfälle handele und daß diese Dinge der Vergangenheit angehörten. In zwei Fällen habe man sich durch 180 000 M Arreste auf Grundbesitz vollkommen gesichert. Das abgelaufene Geschäft sei durch diese Vorkommnisse nicht mit einem Pfennig berührt worden.

Der Landgerichtsrat hatte schon den richtigen Riecher. Es scheint sich schon nach der einen genannten Zahl um namhafte Summen zu handeln, und daß solche Dinge vorkommen konnten, dürfte kein gutes Licht auf die Tüchtigkeit der Verwaltung. Die Verwaltung weiß das auch, daher das Streben, die Sache in der Bilanz nicht in die Erscheinung treten zu lassen. Sie selbst aber als „einseitige Wirtschaftsführer“ preisen und die abgebrochensten Lohnpolitischen Sprüche herplappern, das kann man. Wir werden weiter unten noch sehen, welche große Summen die Gesellschaft in den letzten Jahren für Erneuerungen aufgewendet hat.

Das Hauptvermögen der Gesellschaft liegt in Dresden und umfaßt einen Grundbesitz von über 56 000 Quadratmetern, wovon 25 000 bebaut sind. Hier sind rund 3000 Werkzeugmaschinen im Betrieb. Gegenstand der Fabrikation sind neben Nähmaschinen, Fahrräder, Schreibmaschinen (Fabrikmarken Ideal und Erika) neuerdings auch Rechen- und Buchungsmaschinen. In Seidenaub bei Dresden besteht seit 1911 eine eigene Gießerei auf einem 83 000 Quadratmeter großen Grundstück, wovon 7000 bebaut sind. Hier sind 3 Kupolöfen und 80 Formmaschinen im Betrieb, insgesamt aber nur 140 Arbeiter tätig. Die Fabrikationsleistungen reichen aus, um jährlich 50 000 Schreibmaschinen, 120 000 Nähmaschinen und 75 000 Fahrräder herzustellen. Der Jahresbericht schweigt sich jedoch leider über die Höhe des Umsatzes völlig aus. Weber mengenmäßig noch nach der Höhe der Verkaufspreise werden Umsatzziffern angegeben. Es ist zu schätzen, daß im letzten Jahre 50 000 bis 70 000 Nähmaschinen und 25 000 bis 30 000 Schreibmaschinen abgesetzt wurden, während der Absatz in Fahrrädern kaum mehr als 25 000 Stück betragen hat. Die Leistungsfähigkeit des Werkes wurde also in Nähmaschinen und Schreibmaschinen gut zur Hälfte, in der Fahrradabteilung nur zu einem kleineren Teile ausgenutzt. Über Rechen- und Buchungsmaschinen fehlen überhaupt irgendwelche Angaben. Die verhältnismäßig günstige Lage des Schreibmaschinenwerkes ist auf die Kleinrechenmaschine „Erika“ zurückzuführen, da auf diesem Gebiete der Wettbewerb nicht so groß ist. Im vergangenen Jahre wurde eine rechnende Schreibmaschine „Ideal“ herausgebracht, deren Einführung, wie der Geschäftsbericht ausführt, noch viel Arbeit und Zeit erfordert.

Überhaupt hat die Gesellschaft erheblich unter dem Wettbewerb der kapitalstarken Singer Nähmaschinenfabrik und bei ihren Rechen- und Rechenmaschinen mit dem Wettbewerb amerikanischer Firmen zu rechnen. In der Fahrradabteilung ging der Gesellschaft durch den letztwöchigen Lohnkampf im Frühjahr 1928 das ganze Fahrradgeschäft verloren. Der dadurch verursachte beträchtliche Ausfall am Umsatz, der in dieser Abteilung zu einem fühlbaren Verlust führte, konnte aber, wie der Geschäftsbericht zugibt, durch die anderen Abteilungen wieder eingeholt werden.

Log 6000 und im Jahr 1 1/2 Millionen Türen, das heißt den Türenbedarf für den ganzen deutschen Wohnraum bedeuten können.

Das sind Aussichten und Möglichkeiten einer technischen Entwicklung, die man kaum für möglich hielt und die damit vielleicht auch ihr Ende noch nicht erreicht hat. Vielleicht kommen wir zu einem Punkt, den Lammow durch ein Bild des Betriebswirtschaftlers Schmelenbach folgendermaßen kennzeichnet: „Das Ziel ist die menschenlose Fabrik. Das Ideal der weiteren technischen Entwicklung ist, den Zustand zu erreichen, wo bloß noch jemand an einem Schaltknopf steht und drückt, und sonst auf der ganze Betrieb automatisch laufen.“ Wenn es auch noch etwas dauert, ehe wir zu diesem Zustand gelangen, so nähern wir uns ihm doch sehr merklich. Und immer breiter wird die Frage, was wird aus den Menschen, die aus dem Produktionsbetrieb ausgeschaltet werden. Damit wird man sich in den nächsten Jahren sehr eingehend zu befassen haben.

### Geburtenrückgang in Europa 1929

Die jetzt vorliegenden Zahlen über die Bevölkerungsabnahme in den wichtigsten europäischen Ländern zeigen mit alleiniger Ausnahme Spaniens eine erhebliche Abnahme der Geburtenzahlen im ersten Halbjahr 1929 gegenüber dem Vorjahr. Immer deutlicher tritt hervor, daß die Zeiten harten Bevölkerungsanstiehs jedenfalls für die westeuropäischen Länder abgelaufen sind und für einige Länder sogar bereits ein Abwärtsschritt des absoluten Bevölkerungszuwahns eingetreten ist, indem hier die Sterblichkeitsziffern die Geburtenziffern überstiegen. Wenn auch eingeworfen ist, daß infolge der ungewöhnlich kalten Witterung des vergangenen Winters und infolge herabgehender Geburtenziffern die Sterblichkeit im ersten Vierteljahr 1929 sehr hoch gewesen ist, so bleibt das Verhalten einer harten Abnahme der Geburtenziffern doch voll er-

Aus den Zahlen der Erfolgsrechnung etwas herauszulesen, ist hier besonders schwierig, besteht doch die Ausgabenliste der Gewinn- und Verlustrechnung nur aus zwei Posten. Weber Betriebs- und Handlungsunkosten noch Steuern und Zinsen, die noch in der vorletzten Bilanz gelindert ausgewiesen wurden, werden aufgeführt, sondern nur der Betrag genannt, der für Abschreibungen verwendet wurde. Es sind dies 746 000 M gegen 825 000 M im Vorjahre.

Bemerkenswert ist, daß der gesamte Zugang auf dem Konto Fabrikationseinrichtungen gleich wieder abgeschrieben wurde. Heute stehen die Maschinen mit samt den Fabrikeinrichtungen zusammen mit 1,35 Millionen Mark zu Buch, im Vorjahre mit 1,45 Millionen Mark, während im Jahre 1913 diese beiden Posten bereits mit 1,26 Millionen Mark Vorkriegswert in die Bilanz eingesezt waren. Grundstücke und Gebäude stehen mit zusammen 3,4 Millionen Mark gegen 2,8 Millionen Mark im letzten Vorkriegsjahr zu Buch. Die Bewertung entspricht also auch hier nicht einmal dem gesunkenen Geldwert, außerdem ist der Grundbesitz von 106 000 Quadratmeter im Jahre 1913 auf 139 600 Quadratmeter inzwischen gesteigert worden. Bebaut sind heute insgesamt 32 000 Quadratmeter gegen 25 000 Quadratmeter im Jahre 1913.

Um welche große Summen es sich handelt, die hier als stille Reserven verschwunden sind, werden wir jetzt hören. Seit der Goldmarkbilanz des Jahres 1924 haben die Zugänge auf den Anlagekonten insgesamt rund 3,5 Millionen Mark betragen, die völlig wieder abgeschrieben sind. Hier sind die Gewinne der letzten 6 Jahre geblieben. Die Gesellschaft hat heute ein technisch ganz neuzeitlich ausgestattetes Werk, dessen Umstellung jetzt so gut wie beendet sein dürfte und dessen Leistungsfähigkeit fast eine Verdoppelung des Umsatzes zuläßt.

Die Gesellschaft, die 1913 mit einem Aktienkapital von 3 Millionen Mark arbeitete, erhöhte ihr Kapital während der Inflation auf 150 Millionen Papiermark und arbeitet seit der Umstellung auf Goldmark mit 6 Millionen Mark Stammaktien und 72 000 M Vorzugsaktien. Diese Vorzugsaktien lauteten früher auf je 9 M (!), laut Beschluß der letzten Generalversammlung haben jetzt je 130 M Stammaktien eine Stimme und je 130 M Vorzugsaktien vier, in wichtigen Fällen sogar vierzig Stimmen. Diesen Vorzugsaktien wurde im Jahre 1927 die ausgefallene Vorzugsdividende von 6 vH für 1926 nachgezahlt. Für 1928 erhalten die Vorzugsaktien wieder ihre verbürgten 6 vH. Dafür sind ja nur 4320 M erforderlich. Die Stammaktien aber gehen wieder leer aus. Zu bemerken ist, daß auch im Jahre 1913 keine Dividende verteilt wurde. Während der Inflation gab es Dividenden bis zu 100 vH. Seit dem Jahre 1923, bei dessen Abschluß die Ernüchterung nach dem Millionenrausch bereits eingetreten war, gibt es bei Seidel & Naumann keine Dividende.

Der gesetzliche Reservefonds, der 1913 allerdings höher war als das damalige Aktienkapital von 3 Millionen Mark, ist, nachdem er in der ersten Goldmarkbilanz mit 400 000 M bemessen war, jetzt Jahr für Jahr angemessen aufgeschüttet worden und betrug bereits in der Bilanz für 1926 10 vH des neuen Aktienkapitals, also 600 000 M, im vorigen Jahre 650 000 M und in der Bilanz für 1928 bereits 700 000 M. Aus dem diesjährigen Reingewinn werden weitere 50 000 M dem Reservefonds zugeführt. Da der Rohgewinn 1 147 000 M beträgt, verbleibt nach den bereits erwähnten Abschreibungen von 746 673 M ein Reingewinn von 400 327 M, das sind rund 48 000 M weniger als im Vorjahre. Von diesem Reingewinn werden wieder wie im Vorjahre, wo auch die Zuzweiflung an den Reservefonds in gleicher Höhe erfolgte, Sonderabschreibungen in Höhe von 200 000 M auf die Fabrikeinrichtung vorgenommen und schließlich 141 117 M in neue Rechnung vorgetragen. Aus diesen Zahlen geht hervor, daß die Ausschüttung einer Dividende wohl möglich gewesen wäre.

Da nach eigener Angabe der Verwaltung die technische Umstellung des Werkes zu einem gewissen Abschluß gelangt ist, dürfte damit zu rechnen sein, daß im laufenden Jahre zunächst an eine Abbedung der Verbindlichkeiten gedacht werden wird, die im letzten Jahre sich von 4,6 Millionen Mark auf 6,8 Millionen Mark erhöht haben. Da in der Generalversammlung die Abschlagung und die Aussichten als nicht ungünstig bezeichnet wurden, ist anzunehmen, daß die Zeiten der Selbstfinanzierung bei Seidel & Naumann ein Ende haben und daß vielleicht schon für das laufende Jahr mit der Aufnahme der Dividendenzahlung zu rechnen ist. Die Verwaltung sollte aber bedenken, daß gerade in ihren Hauptgeschäftszweigen Nähmaschinen und Fahrrädern die bessere Ausnutzung der Anlagen in erster Linie von einer Stärkung der Kaufkraft der Arbeiter abhängt. Die kurzfristige Lohnpolitik, wie sie auch in diesem Jahresbericht wieder vertreten wird, bedeutet gerade für diesen Geschäftszweig den Akt ablegen, auf dem man sitzt.

### Die Mehrzahl lebt in düsteren Verhältnissen

Im Heft 17 der Wirtschaft und Statistik werden die Reichsergebnisse der Einkommenssteuerveranlagung von 1927 veröffentlicht. Die Schichtung der Steuerzahlenden war danach folgende:

Einkommensgruppen	überhaupt	zusammen	100 der Reichsbevölkerung
bis 100 M	1762014	4015718	48,68
über 100 M bis 3000 M	1171558	1762014	29,17
= 3000 = 5000	490877	490877	12,22
= 5000 = 8000	232473	232473	5,79
= 8000 = 15000	248321	248321	6,19
= 15000 = 50000	103806	103806	2,59
= 50000 = 100000	11784	11784	0,29
= 100000	4885	4885	0,12

Fast 41 vH aller Familien haben demnach nur ein Einkommen bis 1500 M. Nicht etwa im Monat, sondern im ganzen Jahr. 73 vH sämtlicher Veranlagten hat ein Einkommen bis 5000 M oder bis zu 250 M im Monat. Die Mehrzahl der Deutschen besteht aus armen Leuten. Diese Tatsache erhärtet die Steuerstatistik sehr deutlich. Will das Volk diese elende Lage zu verbessern suchen, dann muß man von — Begehrlichkeit der Massen.

Für einen runden hundert Dollar und geschäftliche Abmachungen ist Herr Bücher zu der Meinung gekommen, daß die „deutschen Belange“ nicht mehr so belangvoll seien.

Der Vorkalender Eugenbergs protestiert gegen diese Geschäfte und führt den Verkauf deutscher Belange auf schlechte Unternehmung des Herrn Bücher durch seine Mitarbeiter zurück. Ist dem Vorkalender nicht bekannt, daß Herr Bücher fast alle Mitarbeiter des verstorbenen Gen. Deutsch kaltgestellt hat, die mehr oder weniger demokratisch eingestellt waren? In ihrer Stelle wurden waschechte Deutsche nationale gesetzt, an die sich der deutschnationale Vorkalender wenden möge. Vor dem rollenden Dollar verbunsten die nationalen Belange und es bleibt nur ein Haufen reaktionärer Menschenschutt — wie jetzt bei der AEG.

Während diese Geschäfte in Fluß waren, kühlten die Amerikaner, mit ihren Dollars klammernd, bei Herrn Koppel (früher Auergeellschaft) vor. Die Verhandlungen gingen um Überlassung von weiteren Ostram-Anteilen. Koppel war mit seinen 20 vH das Jünglein an der Wage, und er wäre es auch bei der Beteiligung der Amerikaner mit 16 vH bei Ostram geblieben. Nach unabweisbaren Mitteilungen soll aber Herr Koppel für 19 Millionen ein halbes Prozent an die AEG verschoben haben. In diesem Stadium sagten die Amerikaner dem Angebot von Ostram zu. Nunmehr kontrollieren sie über die AEG den Ostram-Konzern (mit den 33,6 vH der AEG, den 16 vH OEG und 0,5 vH hinterherum erworbenen Anteilen) zu 50,1 vH.

Daß sich die angelegten amerikanischen Dollars gut verzinsen werden, zeigt ein Blick in die Nr. 16 der Ostram-Nachrichten: Von 1920 bis 1929 ist die Belegschaft um 52 vH gesenkt worden, die Lampenherstellung ist um 103 vH gestiegen und die Stundenleistungen haben sich bis zu 1220 vH erhöht. Die Rationalisierung hat beträchtlich erhöhte Wirtschaftlichkeit bei Ostram gebracht, doch ein erheblicher Teil wird den Amerikanern zuzuflehen. Arbeiter und Konsumenten haben das Nachsehen. D. Sametlar

### Die schlechter entlohnte Frauenarbeit

Der päandige Ausschuss für Frauenarbeit des Internationalen Frauenbundes hat kürzlich eine Umfrage veranstaltet, die von 16 Staaten beantwortet wurde. Aus diesen Antworten geht hervor, daß die Frauenarbeit in den meisten Industrieländern wesentlich schlechter bezahlt wird als die Männerarbeit. Der Grund: Gleiches Lohn für gleiche Leistung ist also nirgends durchgeföhrt. In Deutschland ist der Unterschied sehr groß. Im Durchschnitt erhalten Arbeiterinnen nur 60 bis 75 vH der Löhne, die für männliche Arbeitskräfte der gleichen Vorbildung und der gleichen Gruppe bezahlt werden. Auch in Großbritannien ist ein Unterschied, wenn auch nicht in der Höhe vorhanden. In der englischen Textilindustrie sind die Stundenlöhne die gleichen für beide Geschlechter, wenn Männer und Frauen die gleiche Arbeit leisten. Aus Holland wird berichtet, daß die Frauenlöhne durchschnittlich im ganzen Lande hinter den Männerlöhnen zurückbleiben. In der Konfektion und Schneidererei Kanadas übersteigen die Männer- die Frauenlöhne durchschnittlich um 20 bis 50 vH.

In der russischen Zeitung, deren Nr. 448 wir diese Angaben entnehmen, heißt es bei Kanada: „Diese Unterschiede sind geringer, wo die Gewerkschaften Abmachungen mit den Unternehmern getroffen haben, höher, wo solche Abmachungen fehlen.“ Das ist deutlich genug. In der Textil- und Schuhindustrie Norwegens beträgt der Stundenlohn in der ersten Kategorie für Männer 142,2 Ore, für Frauen 79,8 Ore. In der zweiten für Männer 148 Ore und für Frauen 90 Ore. Der Unterschied ist also hier sehr groß. Sehr bedauerlich ist auch der Unterschied in Osterreich. Der Durchschnittslohn des gelernten Handarbeiters beträgt 64,72 Schillinge und der der gelernten Handarbeiterinnen 28,72 Schillinge. In Polen beträgt der Unterschied zwischen Männer- und Frauenlohn 30 bis 60 vH. In der Schweiz verdienen die Frauen ebenfalls weniger. In der Nahrungsmittelindustrie beträgt der Lohn angelernter Arbeiterinnen 60 bis 78 vH und in der Metzgerei nur etwa 45 vH der Männerlöhne bei gleicher Arbeit. Interessant ist es, was über die Vereinigten Staaten berichtet wird: „Selbst in den Vereinigten Staaten besteht der gleiche Unterschied wie in den Industrieländern des alten Europa. Die kurze und bündige Antwort auf den ausgesandten Fragebogen lautet: „Der Unterschied zwischen einem Viertel und der Hälfte.“ Das schließt sogar alles, was in Europa festgestellt werden konnte. Für Arbeiterinnen ist Amerika also keinesfalls das gelobte Land, als das es so oft hingepfiffelt wird.“

Es wird also noch viel zu tun sein, ehe das Recht der Frauen anerkannt wird, für gleiche Leistung den gleichen Lohn zu erhalten. Die alte Anschauung, daß die Frauen meist keinen eigenen Haushalt zu versorgen haben, trifft immer weniger zu. Nicht zuletzt liegt die Verantwortlichkeit der Frau im gewerblichen Leben an der geringeren Aktivität derselben. Würden die Frauen mit dem gleichen Eifer wie die Männer ihr Recht auf eine angemessene Bezahlung verteidigen, dann würde es in vieler Beziehung besser um sie stehen. Hoffentlich wird in Preußen der arbeitende Frau die gewerkschaftliche Selbsthilfe in Zukunft besser bewertet.

### Die Kapitalverflechtung nach dem Auslande

Es läßt sich nicht leugnen, daß die Kapitalverflechtung der deutschen Wirtschaft auch dadurch gefördert wurde, daß deutsche Kapitalisten ihr Kapital nach dem Auslande verschoben haben. Sehr offen wird dies in der „Berliner Zeitung“ vom 13. Oktober im Vorkalender nachdrücklich ausgesprochen: „Der deutsche Kapitalist schafft seine Effekten oder seine harten Mittel nach dem Auslande. Große Industriekonzerngesellschaften ziehen sich in ihrer Weise nach dem Auslande. Das deutsche Kapitalfeld wird auf diese Weise immer mehr ausgedehnt, aber der ausländischen Konkurrenz wird das Geld bezahlt. Man kann dem deutschen Kapitalisten seine Kapitalflucht noch gar nicht abelshen. Er legt uns ganz einfach: Nur was ich im Auslande habe, habe ich wirklich. Alles übrige ist ungewisser Besitz, ist den Besitztümern des Steuerzins ausgesetzt.“ Hier wird die deutsche Kapitalflucht nicht nur offen ausgesprochen, sondern es wird sogar ermahnt: „Wieder ein Beweis, daß die kapitalistischen Kreise der deutschen Volkswirtschaft in den Beziehungen demütiger Mütter sitzen.“

### 300 Arbeiter machen alle deutschen Türen

Auf dem Verhandlung der Holzarbeiter (nach deren Vorsitzender, Tarzow, über die Rationalisierung. Er behandelte die Rationalisierungserfolge auf Grund einer Erhebung in der Holzindustrie. Aus der Rede entnehmen wir:

In der Holzindustrie zum Beispiel wurden Leistungssteigerungen in wenigen Jahren von weit über 100 vH erzielt. Damit geht ein Eindeutiger der Holzarbeiter einher. Von 1913 bis 1929 wurde sich der Holzarbeiter in einer Holzfabrik in Berlin von 28 auf 37, in einer Schloßfabrik in Eisenach von 81 auf 115, in einer Holzwerkstofffabrik in Hünfeld von 61 auf 113 vH. Was eine sehr hohe Strukturveränderung in der Holzindustrie. Die Steigerung der produktiven Betriebe ist in die Länge. Sie besteht aus dem Zuwachs der Arbeitskraft von 2 Millionen Holzarbeitern in Form von Lohnarbeit. Außerdem ist die Zahl der Beschäftigten in der Holzindustrie von 1925 bis 1928 um 60 vH gestiegen. In einer modern eingerichteten hessischen Holzfabrik arbeiten 30 Arbeiter, darunter sind 7 Holzarbeiter vorhanden, in einem Tage 500 Türen her. Auf eine Wohnung 8 Türen bezogen und bei der Annahme, daß eine Tür jährlich etwa 30 000 Wohnungen gebaut werden, ergibt sich ein Bedarf von 1 200 000 Türen. Nach der obigen Schätzung würden 300 Arbeiter im



# Technik und Werkstatt



## Elektrische Wächterkontrollanlagen

Von Ing. H. Dewald

Jeder Betrieb schützt sich gegen Einbrüche und unerwünschten Eindringen in seine Räume während der Nachtzeit, sei es nun durch Anbringung von Sicherheits- und Alarmanlagen oder durch eine ständige Überwachung der Räume. Letztere wird in den größeren Betrieben hauptsächlich durchgeführt, indem dem Tagförtner während der Nachtzeit einige Wächter zugeteilt sind, die Rundgänge durch den Betrieb ausführen, die nach bestimmten Vorschriften festgelegt sind. Dabei müssen Kontaktvorrichtungen in der vorgeschriebenen Reihenfolge betätigt werden.

Bei der Kontrolle werden Wächterkontrolluhren mit Zeitstempeln und Zeitkontakten betätigt, deren Ausführungsart verschieden ist.

Beim Wächterkontrollsystem, das für Ruhestrombetrieb mit ständiger Leitungskontrolle ausgeführt ist (Abb. 1), werden dem Umfang der Anlage entsprechend viel Kontrollkontakte eingebaut. Einen derartigen Kontakt, wie er an der Wand befestigt wird, zeigt die Abb. 2, während in der Abb. 3 derselbe Kontakt geöffnet dargestellt ist. Hierbei ist die Rückseite des Laufwerkes erkenntlich, davor liegt das Typenrad, das einen Federsatz einschaltet, der soviel Stromtrennungen und -schließungen vornimmt, als das Typenrad Zähne hat. Diese Kontrollkontakte werden an den verschiedenen Stellen, die der Wächter zu passieren hat, angebracht. Außerdem gehört zu der Anlage eine Zentraluhr (Zeitstempel), die zweckmäßig an einem dem Wächter nicht zugänglichen Ort aufgestellt wird. Die vorher erwähnten Kontakte können mittels eines besonderen Schlüssels betätigt werden, der dem Wächter vor dem Rundgang ausgehändigt wird. Schließt nun der Wächter einen derartigen Kontakt, so wird die Nummer dieser Station auf einen Papierstreifen als arabische Zahl aufgedruckt. Dieser Papierstreifen (Abb. 4) trägt die Zeiteinteilung in Teilstrichen von 5 zu 5 Minuten. Damit zwei Stationen, die dicht beieinander liegen und in kurzen Zeiträumen betätigt werden, ihre Nummer nicht aufeinander drücken, sind die Typen des Typenrades versetzt angeordnet.

Abb. 1. Wächterzentralkontrolluhr für Ruhestrombetrieb m. ständiger Leitungskontrolle

Der Papierstreifen, der sich in der Wächterkontrolluhr befindet, hat eine Länge von 120 m und wickelt sich automatisch von einer Rolle ab, so daß man nicht mehr wie früher nötig hat, täglich ein neues Papierblatt aufzulegen. Bei zwölfstündiger Umlaufzeit beträgt der Papierverbrauch nur etwa 60 cm, es reicht demnach eine derartige Papierrolle für einen Betrieb von ungefähr 200 Tagen aus. Läßt man die Uhr Tag und Nacht arbeiten, so würde der Streifen noch immer mehr als ein Vierteljahr reichen. Auf einer zweiten und ebenfalls in der Zentraluhr eingebauten Rolle wickelt man den abgelaufenen Papierstreifen nach Prüfung auf und erhält dabei einen fortlaufenden Kontrollstreifen, der jede Unregelmäßigkeit sofort erkennen läßt. Die Uhr ist für achtstägigen Gang eingerichtet.



Abb. 2. Wächterkontrollkontakt (geschlossen)

Eine Kontrolluhr ohne Leitungskontrolle, die also nicht den Dauerzustand der Batterieverhältnisse anzeigt, hat kein Meßinstrument, es ist daher diese Uhr in ihren Abmessungen kleiner (Abb. 5). Die Zentraluhr enthält also die eigentliche Seele der Anlage, nämlich die Kontakt- und Druckeinrichtung nebst Laufwerk. Sie läßt sich auch so gestalten, daß ein Läutewerk an einer bestimmten Stelle in Tätigkeit tritt, falls der Wächter aus irgendeinem Grunde, wegen Überfall, Unwohlsein oder einem Unfall in einer bestimmten Zeit keinen Kontrollkontakt geschlossen hat. Durch das Alarmsignal läßt sich dann selbstständig Hilfe herbeirufen. Die beschriebenen Wächterkontrollanlagen können für Ruhe- wie auch für Arbeitsstrom hergestellt werden. Der Stromverbrauch ist dabei so gering, daß der Betrieb durch Elemente oder Kleinakkumulatoren erfolgen kann. In allen Fällen, wo ein besonderer Wert darauf gelegt wird, auch eine selbständige Kontrolle über die Leitung zu haben, ist es empfehlenswert, den Betrieb mit Ruhestrom durchzuführen. Bei einer derartigen Anlage wird jeder Fehler, sei es in der Leitung oder an einem der Kontrollkontakte, sofort zu erkennen sein.

Bei anderen Ausführungsarten ist die Wächterkontrollanlage mit der Feuermeldeanlage vereinigt. Ein reiner Feueralarm entsteht durch Ziehen an einer unter einer Glasscheibe eingebauten Kette. Die Wächtermeldung erfolgt mittels eines vom Wächter mitgeführten Schlüssels, den dieser in eine Öffnung der Melde- für einführt, einmal herumdreht und herauszieht. Durch das Aufziehen des Schlüssels wird ein im Innern des Melders eingebautes Laufwerk zum Ablauf gebracht, das in der vorher beschriebenen Weise die Meldung zur Zentrale gibt. Im Ruhezustand der Anlage durchfließt die Schleife ein dauernder Ruhestrom, der bei einer Wächtermeldung nur absatzweise geschwächt wird. Ein in der Anlage entstehender Drahtbruch bewirkt das Abfallen einer Klappe und Er tönen des Alarmweckers. Bei einer Wächtermeldung erfolgt die übliche Bedruckung des Papierstreifens, bei einer Feuermeldung dagegen erscheint noch hinter der Zeitangabe der Buchstabe F. Zugleich werden dann Alarmwecker, Sirenen, Hupen usw. eingeschaltet.

Andere Arten von Wächterkontrollsystemen arbeiten mit Typendruckapparat und elektrischer Zeitstempelung. Die Meldeapparate haben ebenfalls Kontakteinrichtung und Uhrwerk. Bei Benutzung der Kontakte wird selbsttätig eine bestimmte Nummer nach der Zentrale gegeben, die auf einen Kontrollstreifen automatisch aufgestempelt wird. Nach der Betätigung stellt sich der Empfangsapparat wieder auf Null. Die erforderliche Einstellung der Typenräder erfolgt durch eine Uhrenanlage oder eine Normaluhr. Die Anlage kann dabei so ausgeführt werden, daß die Meldeapparate mit elektrischer Sperrung versehen sind, die alle anderen Melder verriegelt, sobald ein Melder in Tätigkeit gesetzt wird. Bei dieser Ausführung können also zu gleicher Zeit mehrere Wächter ihre Apparate bedienen, ohne dabei den richtigen Ablauf des Melders zu beeinflussen.

Eine einfachere Wächterkontrollmeldung besteht darin, daß die wachende Person zu bestimmten Zeiten auf Knöpfe drücken muß, die derart in die zu kontrollierenden Räume eingebaut sind, daß hierdurch ein Zwang zur Innehaltung eines bestimmten Weges während einer gewissen Zeit herbeigeführt wird. Damit dem Wächter die Möglichkeit gegeben ist, seine Taschenuhr nach der Kontrolluhr zu stellen, ist ein Wecker vorgesehen, der in einem dem Wächter zugänglichen Raum untergebracht ist. Dieser Wecker hat einen Ausschalter, mittels welchem die Glocke außer Tätigkeit gesetzt wird. Die Weckerbetätigung erfolgt durch einen bei der Zahl 12 des Zifferblattes angebrachten Kontakt. Erfolgt die Kontrolle durch Uhren, so werden diese dem Wächter auf dem Rundgang mitgegeben, dabei wird der angewiesene Bezirk in mehrere Stationen unterteilt. Bei den einzelnen Stationen ist ein Eisenkästchen vorgesehen, das einen an einer Kette befestigten Schlüssel enthält. Der Wächter nimmt bei seinem Rundgang aus dem Kästchen den Schlüssel heraus, steckt ihn in die von ihm mitgeführte Kontrolluhr und dreht den Schlüssel dabei herum. Durch diesen Vorgang werden auf dem im Innern der Uhr befindlichen Zifferblatt Zeichen hervorgerufen, aus denen man genau ersieht, wann und in welcher Zeit der Wächter die Stationen kontrollierte. Dieses ist dadurch möglich, weil das Zifferblatt eine genaue Zeiteinteilung hat. Eine besondere Sicherheitsvorrichtung verhindert das Öffnen und Schließen der Uhr auf dem Kontrollblatt, so daß auch hier abgelesen werden kann, wann und wie lange die Uhr offen gehalten wurde. Sollen mehr als 6 Stationen kontrolliert werden, so werden die Markierschlüssel derart konstruiert, daß diese gleichzeitig zwei Spitzen eindrücken. Dadurch entstehen zusammengesetzte Zeichen, infolge deren Anordnung sich ungefähr 30 Stationen kontrollieren lassen.

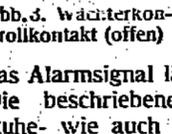


Abb. 3. Wächterkontrollkontakt (offen)

Abb. 4. Kontrollstreifen

Abb. 5. Zentraluhr ohne Leitungskontrolle

Abb. 6. Zentraluhr ohne Leitungskontrolle

Abb. 7. Zentraluhr ohne Leitungskontrolle

Abb. 8. Zentraluhr ohne Leitungskontrolle

## Schuttmittel gegen das Reißen der Seile bei Elektrozügen

(Nachdruck verboten.)

Unter einem Elektrozug versteht man einen durch einen Elektromotor angetriebenen Förderzug. Nachdem man langsam eingesehen hat, daß auch das Transportieren zu einer produktiven Arbeit gerechnet werden muß und nicht einfach auf das Unkostenkonto zu setzen ist, verdrängen die Elektrozüge mehr und mehr die Handfläschenzüge. Leider fällt aber auch in den Betrieben mit Elektrozügen hin und wieder ein Wermutstropfen, der der Verbreitung dieser an und für sich ausgezeichneten Fördermittel sehr schadet. Beim Abwärtsfahren kommt es sehr oft vor, daß die lose Seillflasche auf das Fördergut aufsitzt und dadurch das Seil entlastet. Das Seil springt nunmehr aus den Rillen der

Trommel heraus und wird, wenn aus Unachtsamkeit noch weiter abwärts gefahren wird, abgerissen oder abgequetscht.

Weil durch solche Vorkommnisse schon ernsthafte Betriebsunfälle eingetreten sind, hat man einen Blechmantel um die Trommel gelegt, der aber das Lockerwerden der Seilwindungen und gefährliche Schlaufenbildungen des aus dem Mantelschlitz heraustretenden Seiles nicht verhindert. Die Folgen sind ebenfalls wieder Abscheren des Seiles und Ausdrücken des Blechmantels. Andere Hilfsmittel mit federnden Gummirollen und Anprebleisten längs der Trommel haben wieder den Nachteil, daß sie das Seil nur an einem einzigen Punkte des Trommelumfangs anpressen. Immerhin war diese Vorrichtung der Ausgangspunkt für einen Seilwickler, der das Seil auf dem ganzen Umfang der Trommel anpreßt. Rings um die Trommel geht ein Seilführungsring, der in den Trommelrillen zwangsläufig hin und her wandert. Mit ihm dreht sich ein federnder Metallring, der auf die Seilwindungen durch Spiralfedern gepreßt wird und dafür sorgt, daß die Seile stets stramm auf der Trommel liegen und sich niemals lockern können. Eine Beschädigung des Seiles ist dadurch unmöglich.

Jeder Elektrozug hat bekanntlich sogenannte Endschalter, die einem Überfahren der Endstellen vorbeugen sollen. Trotzdem kommt es bei geringer Höhe oder möglichst weitgehender Ausnutzung des Hubes, wenn man versehentlich am Handgriff „aufwärts“ zieht, vor, daß die Seillflasche an die Trommel anfährt und Störungen verursacht. Dies läßt sich aber durch den Anbau eines automatischen Rückfahrschalters verhindern, der den Stromkreis in der Ausschaltichtung unterbricht und ein Falschsteuern mit Sicherheit ausschließt. Betriebstechnisch hat dieser Rückfahrschalter den Vorteil, daß man den bisher nötigen Seilringzug nicht mehr braucht und daß ohne jeden Handgriff in entgegengesetzter Richtung weitergesteuert werden kann. Wie bereits erwähnt, empfehlen sich diese Schalter hauptsächlich bei geringen Höhen. Man sollte sie aber auch bei großen Höhenverhältnissen anwenden, besonders auch dann, wenn man mit einer unzuverlässigen Bedienung rechnen muß.

## Helium als Traggas für die Zeppeline

Der „Zeppelin“ hält sich in den Lüften, weil er mit einem Traggas gefüllt ist; je leichter nun dieses, um so größer der Auftrieb und um so bedeutender die mögliche Nutzlast und damit auch die Wirtschaftlichkeit der Flüge. Wasserstoff ist, wie jedermann weiß, das leichteste aller Gase und Wasserstoff wird ja auch dazu verwendet, die Zellen des „Graf Zeppelin“ zu füllen; allein Wasserstoff ist ein gefährliches Gas, das sich leicht entzündet und mit Luft gemischt zerknallt. Viele der tragischen Unglücksfälle, die sich in der Luftschiffahrt ereigneten, sind einfach darauf zurückzuführen, daß ein mit Wasserstoff gefüllter Ballon oder ein lenkbares Luftschiff Feuer fing. Das nächstfolgende, leichte Gas ist Helium, vollkommen unverbrennlich, jedoch schwierig in genügender Menge zu beschaffen. Eine Zeitlang glaubte man, daß es nur in der Sonne vorkäme und hat von ihr auch den Namen abgeleitet.

Helium kommt hauptsächlich in den Vereinigten Staaten vor, wo es sich in den Erdgasquellen vorfindet, und zwar ist nach neuesten Ermittlungen die zurzeit erhältliche Heliumgasmenge unter bestimmten Umständen hinreichend, die vier Zeppeline damit zu füllen, die für den transatlantischen Verkehr gebaut werden sollen. Die Verwendung von Helium in Luftschiffen stellt die Technik vor die Aufgabe, unter allen Umständen Helium zu sparen. Es ist notwendig, die Luftschiffhülle so gasdicht zu machen, daß kein Helium hindurchtreten kann und ferner dafür zu sorgen, daß beim Lenken des Luftschiffes kein Gas durch die Ventile abgelassen zu werden braucht. Durch die Verwendung von Goldschlägerhäutchen, mit denen man die Gaszellen auskleidet, sowie durch die Mitnahme von Blaugas als Treibmittel ist in dieser Beziehung schon viel erreicht worden; ferner läßt sich dadurch, daß man aus den Auspuffgasen der Motoren das Wasser kondensiert, Ballast gewinnen, um dem durch den Benzinverbrauch ständig zunehmenden Auftrieb entgegenzuwirken. Schließlich wurde jüngst noch gefunden, daß dem Helium ruhig 20 Volumenprozent an Wasserstoffgas zugemischt werden können, ohne das Gemisch entflammbar zu machen.

Wenn auch die Wahl von Helium und die Deckung der noch immer unvermeidlichen Gasverluste sich zunächst teuer stellt wie die Verwendung von Wasserstoff, so soll doch nach fachmännischer Schätzung die Einsparung für Versicherungsprämien sehr viel größer ausfallen. Man begegnet, wie in einer amerikanischen Fachzeitschrift ausgeführt wird, häufig noch irrigen Angaben hinsichtlich der verfügbaren oder überhaupt vorhandenen Heliummenge. Nach zuverlässigen Ermittlungen soll in Kansas, Texas, Colorado und anderen Staaten die gesamte überhaupt noch zu fördernde Heliumgasmenge sich auf rund 300 Millionen Kubikmeter beziffern, welche bei einer jährlichen Verbrauchsrate von 300 000 Kubikmeter noch viele Jahrhunderte ausreichen würde.

## Die Wirkung sehr kurzer, elektrischer Wellen auf den menschlichen Körper

Das Licht sowohl als auch die Radiowellen sind Schwingungen ein und desselben Mittels, des sogenannten Weltäthers; beide breiten sich auch mit derselben Geschwindigkeit aus. Während wir nun die allerkleinsten Schwingungen, deren Wellenlänge noch nicht einmal ein tausendstel Millimeter erreicht, als Licht wahrnehmen, und zwar je nach der Kleinheit der Welle als violett; grünes oder rotes, sind die elektrischen Wellen, deren Länge noch bis vor kurzem von einem Meter bis zu vielen Tausenden von Metern reichte, ohne jegliche Einwirkung auf unseren Organismus. Freilich, in den Anfangszeiten der Radiotechnik hieß es einmal, die elektrischen Wellen würden Augenentzündungen hervorrufen; in der Tat zeigten sich damals bei den Funkern an Bord der Schiffe auffallend viele derartige Erkrankungen, doch fand man bald heraus, daß als Ursache nicht die Wellen, sondern die in den Apparaten überschlagenden elektrischen Funken in Betracht kamen. Sowie die Funkenstrecken abgedeckt, also der Sicht des arbeitenden Funkers entzogen wurden, hörten diese Augenentzündungen mit einem Schlage auf.

Nun verlautet, daß die ganz kleinen Radiowellen von wenigen Zentimetern Länge, die man neustens zu erzeugen imstande ist, von starker physiologischer Wirkung sind. Prof. Esau in Jenä konnte zeigen, daß, falls beim Arbeiten mit solchen Wellen kleine Tiere in das Kondensatorfeld heringebracht wurden, ihre Temperatur stark anstieg, über 40 Grad hinaus, und zwar fand eine vollkommene Durchwärmung statt. Die Wärme blieb nicht wie beim Heranbringen eines warmen Körpers nur auf der Oberfläche; auch außerhalb der eigentlichen Apparatur waren Wirkungen zu verspüren: alle Personen, die einige Zeit im Versuchs- und Senderraum sich aufhielten, klagten über starke Nervosität. Eine Frage drängt sich hier unwillkürlich auf: wird es gelingen, noch sehr viel kürzere elektrische Wellen zu erzeugen, deren Länge an die der Lichtwellen heranreicht? Welche Wirkung werden diese wohl auf unseren Körper ausüben?



# Familie und Heim



## Es drückt ein Volk

Es drückt ein Volk das andere nieder  
 Und schwelgt in Siegesruhm und Glück —  
 Das andre Volk erhebt sich wieder.  
 Gibt die erlitt'ne Schmach zurück —  
 So ist's in alter Zeit gescheh'n.  
 So kann man's jetzt und immer leb'n:  
 Das ist kein Stoff für meine Lieder.

Was schert es mich ob Volk und Fürsten  
 Nach Kriegeruhm und Beute dürsten!  
 Solch Tun ist nicht nach meinem Sinn.  
 Ein jeder bleib' in seinem Kreise,  
 Ein jeder tu' nach seiner Weise.  
 Ich singe nur, was mir gefällt,  
 Und davon gibt es in der Welt  
 So viel, dass ich mich allezeit  
 Von diesem Tisch ernähren kann,  
 Und füglich die Vergangenheit  
 Mit ihrem Glanz entbehren kann.

Friedrich Bodenstedt.

## Von der Treue

Wo immer eine Rede von Kanzel oder Katheder aus so genannten deutschen Mündern fließt, das Wort „treu“ muß ungezählte Male herhalten, um Kernpunkt irgendwelcher Sätze zu sein in Ermangelung eigener Gedankenstützen. Es ist schon so, die Treue, die hat sich der Deutsche an den Rockfalten geheftet. Er, nur er allein ist treu, kein anderer jenseits der Grenzen; die kennen zu etwas gar nicht. Von England haben wir noch das „treulose Albion“ in Erinnerung, die Franzosen sind samt und sonders treulos, desgleichen der Italiener und in Russland wohnen lauter Analphabeten, die dieser Eigenschaft zufolge nichts von Treue wissen können. Mit der eigenen Treue aber wird eine Art Sündenbrot getrieben. Man fragt ihr Eider, schwört ihr Eide, baut ihr Stammtischhaltäre und pflanzt sie möglichst oft und zahlreich in Wäldern, die nur in Gehirnen „Gleichgestimmter“ vorhanden sind. Solche Viertelspflanzungen werden fortwährend vorgenommen und mit braunem Naß besossen.

Aber was ist es denn nun wirklich mit der Treue? Ist sie nicht doch vielleicht nur ein leerer Hohn? O nein, sie muß es nicht sein. Aber sie ist vielfach zur Phrase herabgedrückt worden, was hat ihr den wahren Sinn genommen und hat sie ungeschöpft und eingewickelt mit falschem Kram. — Treue zum Vaterland, zum angefallenen Fürstentum und zu den alten Überlieferungen, Treue zur Heimat, Treue dem Ehegatten, den Eltern, den Freunden — es kommt alles in einen Topf. Durch Schulhebel und Zeitung, durch Volksspiel und Theaterstücke sind wir eingeführt worden, Treue gleichzusetzen mit Aushalten, Durchhalten, bei der Stange bleiben. Lust du all das nicht, dann bist du eben untreu. Untreu ist, wer seinen Fahnenhut brüht (Wilhelm von Doorn angenommen). Wer im Dienst zum Beispiel als Chauffeur oder als Mädchen nicht aushält, der ist untreu. Auch wird mit Untreue bezeichnet, wenn ein ehemaliger Kriegsgegner zum Kriegsgegner geworden ist. — Dieser Punkt zur besseren Überzeugung wird als Treulosigkeit hingestellt. Sprich ein Jüngling mit der Herzallerliebsten und Mama hat's gehört — holla — dann ist die ewige Treue fällig, wehe! Tochter und Ehemann werden verwünscht, wenn sie die ertörte Liebe mit angelegter Untreue belohnen und andere Wege gehen als die vorgeschriebenen. Treue aber räumen sie den Hund, der um Futter und Dach wankelt, auch wenn er getreten wird: „Er ist treuer als ein Mensch!“

Es ist ein großes Mißverständnis um die Treue. Der Begriff der Treue ist allgemein gleichbedeutend mit bedingungslosem Gehorsam und gedankenlosem Knickplappern geworden. Ein Ergebnis des militärischen Drucks. Obwohl man heute doch viel von dem einstigen Jüngling nicht mehr besteht, können viele aber den alten Treuebegriff nicht anstoßen. Die Geringfügigen schäme sich eines neuen Jünglings zurecht, hängen vermoderte Lehren dran und greifen goldschimmernd, die gute alte deutsche Treue sei abhandeln gekommen. Jeden Fortschritt betrachten die heillos verantwortlichen Rückwärtsgerader als eine neue Untreue. Worten natürlich nur die Republik schuld sei.

War die Familie nicht früher — war die deutsche, bitte! — der Hort der Treue? Gab es früher so viel ungetreue Ehegatten? Gab es früher so viele untreue Beamte? „Die deutsche Treue ist gestorben!“

Es wäre ja nun alles nicht halb so schlimm, wenn dieses unangelegte Mißverständnis nicht in die Schulen und in die Familien durch Bücher und Zeitungen getragen würde, wenn diese geschädigte gegenwärtige Treulosigkeit gegen abgelebte Begriffe nicht in so freudiger Weise unserer Jugend vor Augen gehalten würde! — Wenn verholzte Deutsche wäundlichen und weiblichen Geschlechts fromme Haltung, blinden Gehorsam und unerschütterliche Deutlichkeit noch für Treue ansehen, dann können wir nicht anders, aber unserer Jugend muß der Treuebegriff, mit dem so schamlos die Falschheit getrieben wird, geklärt werden. Treue ist nichts Falsches, sondern etwas selbstverständliches Menschliches. Treue kann nicht einem toten Dinge geopfert werden, wie zum Beispiel einer Fahne oder einer Uniform. Treue kann auch nicht an Ordnung halt machen. Möchte Treue ist die von der Erde willen, die dem Volke aller Menschen weht. Alles andere, was früher schlechthin mit Treue bezeichnet wurde, ist Falschheit. Sollte Treue aber in geistige Gefolgschaft, die aus innerer Überzeugung und ohne Zwang von außen geleistet wird. Wir können sie zwar nicht höher als Forderung aufstellen, wohl aber die Voraussetzungen: daß die Geister frei gemacht werden zur Möglichkeit der Selbstentscheidung.

Die Freigebundenen und Kriegsveteranen werden sich schämen und schämen, daß man auch nun schon die Treue abhaken wolle. Bei ihnen reicht es eben nicht weiter. Wollen wir doch einmal den Ballast herunternehmen, der die wahre Treue zu etwas Menschenswürdigem gemacht hat.

Mühten nicht Angezählte um der sogenannten Treue willen sich mit falscher Meinung, mit aufgeschlopfter Einstellung, mit eheuchelster Überzeugung herumschleppen und wurden dabei sich selber untreu! Wie schwer das den Ehrlichen würde, beweist der Unfug vom „Mut zur Treue“, von der ganz besonderen Tatkraft, ohne die es keine Treue gäbe. Wenn die ganze Treuefalschheit der vergangenen Herrlichkeit mit all ihren Begleiterscheinungen und Ausstrahlungen bis hinein in Wirtschaft- und Familienleben nicht so verlogen gewesen wäre, hätte sie lebenskräftiger sein müssen. Sie unterlag dem Naturgesetz, sie mußte sterben. Aber sie zerren sie wieder heran, um den alten Untertanengeist bei der Jugend neu zu beleben, um den heranwachsenden die fortgeschrittene Gegenwart zu verfehlen. Da können sie keine Leute brauchen, die sich selber treu sind. Mit Großbuchstaben schreiben sie „Selbstaufgabe“, „Selbstentäußerung“ und sonstige Phrasen in ihre Programme, um damit ihre Serdentiere zu erzähnen, auf daß sie im „Gesahrtsalle“ wie die Schafe in den brennenden Stall rennen — das würden sie dann Treue nennen.

Aber die Genossenschaft, die Gewerkschaft, die Familie, sind wir nicht allen diesen zu Treue verpflichtet? Ja, aber nicht in jenem blinden Zugehörigkeitszwang, sondern als freie, selbstbestimmende Persönlichkeit. Einer großen Gesamtheit in echter Treue anzugehören, erfordert vom Einzelnen, daß er sich selbst treu ist. Dann erst kann man sich auf ihn verlassen, dann erst wird der Sache durch ihn gedient. Mit Schmiß und Drill und Rechtsumkehr kann man sehr wohl eine Herde hündisch-treuer Mannen eine Weile beisammenhalten, aber diese können nie und nimmer geistige Kämpfer sein.

## Maxel kauft auf Abzahlung

Von Maxel Troll

Wir, das heißt meine Frau, Kind und ich, wir hatten sehr viele Wünsche. Noch vor ein paar Wochen hätte ich gesagt „furchtbar“ viel Wünsche. Aber seit ich „Deutsche Stillung“ von Ewald Engels in meiner Bibliothek stehen habe (zum Lesen hatte ich noch keine Zeit), weiß ich, daß das Wort „furchtbar“ eben furchtbar klingt. Darum brauche ich es nicht mehr. Wir hatten aber nicht nur viele Wünsche, sondern auch kein Geld.

Die Frau wollte einen echten Pelzmantel. „Es kann auch einer aus zurechtgemachten Stoffen aus der „Kleingärtner-Kolonie“ sein“, meinte sie. Unser Büchlein brachte bringend einen Wintermantel, Strümpfe, eine neue Hose. Und ich hatte noch viel mehr Wünsche. Ein neuer Grammophonapparat war fällig, da der alte Löwe von sich gab, die zum Steinertweihen waren.

Da wir beim Büchlein waren, wünschten wir uns gleich richtig. Einen neuen Hügel, ein Auto, ein Wohnenhaus, einen großen Kleingarten mit recht viel Obstbäumen usw.

„Schnell und gut“, sagte ich, „aber woher das nötige Kleingeld nehmen?“ — „Sehr einfach“, meinte meine bessere Hälfte: „Wir gehen zu „Radium“, dem Welthaus für Abzahlungsabteilung.“ Ich war dagegen. Da aber die Mutter des Kindes es wollte, gingen wir. Im „Radium“-Haus wurden wir sehr freundlich empfangen, so etwa wie wir zu Hause unserer reichen Großmutter begrüßt würden, wenn wir einen hätten. Ein Verkäufer redete wie ein Dandy. Was sage ich: Wie ein Dandy? — Er redete so viel und so schnell, daß der Weltweiterschnelgraph nicht mitkommen wäre. Er war sehr beräuschend, hatten wir einen Wintermantel, drei Paar Schuhe (wir beschließen gar nicht sich an laufen!), einen Pelzmantel aus imitiertem Persienfell, eine Pelzjacke aus echtem Pelz für meine Frau, einen Mantel, zwei Anzüge für den Bub und ein „Mensch ärgere dich nicht-Spiel“ für uns alle.

Abzahlung betrug „nur“ 300 M! Ich hatte das Geld schnell auch auf „Abzahlung“ gepumpt. Die wöchentlichen Raten betragen auf ein Jahr „nur“ 10 M. — Rasche zusammen 820 M!

Meine Frau war glücklich, daß sie den Pelzmantel hatte. Er war mit „nur“ 200 M in Rechnung gestellt. Heute kam sie erregt nach Hause. — „Ich habe den gleichen Mantel für 125 M beim Kürschner Müller gesehen.“ „Neulich ärgere dich nicht“, erwiderte ich. „Ich habe meinen Wintermantel mit 120 M für 60 M im Samfektionsladen von Schmidt heute anprobiert.“

Durch den Einfluß der Hofe unseres Jüngers konnten wir nach drei Wochen Erbsen hindurchschreiben. Ob das am Stoff oder am unruhigen Rücken unseres braven Kindes lag, wage ich nicht zu entscheiden. — Aber wir bezahlten jede Woche tren und brav unsere 10 M ab, bis unsere Schuld bei „Radium“ getilgt war.

Nur einmal hatten wir drei Wochen die wöchentlichen 10 M nicht. Sofort brachte uns „Radium“ mit Klage. Der Mann, der uns die Forderung überbrachte, muß früher Feldwebel in einem gallischen Reiterregiment gewesen sein, so resolut war er: „Was Sie geklagt haben, ist bis zum letzten Rest unser Eigentum. Verlassen Sie den Ort, wenn Sie es, dann können Sie etwas erleben. Wir werden Sie dann wegen Betrugs anzeigen. Wir haben unsere eigenen Rechtsanwälte. Wähle Sie belommen wir sogar unseren eigenen Gerichtshof, denn wir haben jeden Tag über hundert Prozesse. Das soll uns einmal ein anderes hiesiges Haus nachmachen. Wir sind ein vornehmer Haus.“

Ich preschte wieder das Geld. Aber da ich es nicht sofort bekam, sondern ein paar Tage „gute Freunde“ anheulphonieren, besuchte mich, bis ich die 30 M bekam, wurde „Radium“ ungeduldig. Ein Tag nach dem Besuch des ehemaligen Feldwebels hatte ich schon die Vorladung des Gerichts. Ich ging hin und hinterlegte die 30 M.

Bräute ich zu sagen, daß wir alle vertriebt sind in das Geschäft „Radium“ und in das Abzahlungsabteilungssystem. Es bringt Leben in die Pöde. So kleine Aufregungen haben uns immer gefehlt. Wir sind zu dünn und zu bequem geworden. „Radium“, das Abzahlungsabteilungssystem hat uns schon und schon gemacht. Seitdem wir „abbezahlt“ haben, wir immer zu Hause unsere Abzahlung. Wir sitzen oft an den Küsten über den und rechnen, wie oft wir noch zu bezahlen haben. Und ob es auch diese Woche noch reicht?

Wenn es knapp ist mit dem Geld, dann leben wir eben telegattig.

Durch das Abzahlungsabteilungssystem lernen wir rechnen. Auch mein Bub konnte dank des Abzahlungsabteilungsystems das „Ungenügend“ im Rechnen in seinem Zeugnis in ein „Gut“ umwandeln. Wir möchten daher die wöchentlichen Abzahlung nicht mehr zahlen.

Heute haben wir die letzte Abzahlung geleistet. „Was“, meinte meine liebe Frau, „wir haben nichts mehr abbezahlt? Das geht doch nicht, so ich mich schon so daran gewöhnt habe.“ Und sie nahm die Zeitung in die Hand und las vor:

Ein hübsches Kleinmoto (Dreiräder), gebraucht, mit 200 000 Kilometer gefahren, im „Radium“ auf Abzahlung zu verkaufen! Selbstverständlich konnten wir es. Weber 300 M zahlten wir an. Das wöchentliche die 20 M. Drei Tage ging das Auto tadellos. Dann hatte ich meine tägliche Abzahlung mit den nötigen Reparaturen. Nach einer Woche fuhren wir beim Überlandausflug an einen

Apfelbaum. Wir lasen unser Auto, unsere Knochen und einige auf dem Boden liegende? Iel auf und gingen nach Hause.

„Güte und „Radium“ einen schweren Wagen und kein Kleinto, das nicht über 30 Kilometer die Stunde fuhr, verkauft, wer weiß, ob wir noch am Leben wären und ob wir jetzt in Ruhe die getlauten Apfel essen könnten.“ meinte meine treffliche Gattin. Darum zahlen wir auch aus Dankbarkeit gegen „Radium“ freudig unsere 20 M monatlich noch ein Jahr lang. Dann haben wir andere Pläne. Wahrscheinlich werden wir uns das trans-portable Wohnenhaus der Firma „Radium“ im nächsten Jahr zulegen.

## Mit der Armut

Ich ging durch belebte Straßen, hinter der Armut her. Sties einem Mann.

Er tauchte plötzlich vor mir auf, überquerte eben die Straße schleppten Schrittes. Ein alter Mann, mit buschigem Vollbart und gutem Gesicht. Nur, daß er zerrissen aussah, in seinem vielverklebten Anzug und schlechten Schuhwerk, dessen große Risse mit Papier angestopft waren.

Man sieht viele Bettler, die durch ihr kümmerliches Aussehen Mitleid erwecken. Dieser Mann aber, der wie ein Bettler aussah, bewegte mich nicht, daß ich zu meinem Kleingeld griff, sondern erfüllte mich mit graufür Anteilnahme.

Was ist er? Woher kommt er? Wohin geht er?

Daher ging ich ihm nach.

Er zog scheinbar ohne Ziel durch die Straßen, hob unterwegs einen weggeworfenen Zigarrenstummel auf, den er in seiner Tasche berishte, dann blieb er vor einem Wädeladen stehen, schaute sein Geld und trat ein. Ich wartete auf ihn. Bald erschien er wieder und besuchte eine Metzgerei. Als er wieder heraustrat, lugte ein Papierzettel aus seiner Tasche. Er hatte also etwas gekauft. Wir zogen weiter durch windige Gassen, bis zu einer Kirche, die mit einem niedrigen breiten Vorbau umgeben ist. Da setzte sich der Mann und aß. Ein Stück Brot mit Butter, eine mit wenig Sorgfalt hergestellte billige harte Sorte, die er kaum schlucken konnte. Nachher holte er eine kurze Pfeife heraus, geschmückt den vorher gefundenen Zigarrenrest, stopfte und gähnete an.

Er ruhte. Das war das Bruchstück eines „Nichtstuners“, der sich aus den Taschen des Bürgermeisters „mäht“. — Billige Butter für seinen Vaten — trodenes Brot statt schmackhaften Weizen — und statt der guten Zigarre nach dem Essen eine Pfeife Tabak.

Wirklich, wirklich, liebe Bürger: der Mann wird noch zu fett!

Ich redete den Mann an. „Sind Sie noch hier?“

„Ich wohne da, aber nicht von hier gebürtig.“

„Geben Sie keinen Beruf?“

„Ich war Glaser. Aber ich bin schon zu alt und dazu noch Invalide.“

Er zeigte mir seine rechte Hand. Verkrüppelt. Drei Finger fehlen, der Ringfinger ist nur ein Knopf. Allein der Daumen zeigt gesund und groß aus der farnberlorenen Hand heraus.

„Berunglückt?“

„Ja. Die Fräulein. Seither kann ich nichts mehr schaffen.“

„Und wovon leben Sie?“

„Ich bekomme Altersrenten und etwas von der Invalidenversicherung, zusammen fünfundsiebzig Mark monatlich. Sehen Sie, das davon kann ich richtig satt essen darf ich nicht, sonst muß ich gegen Monatsende hungern.“ Sein Gesicht leuchtete auf: „Aber mein Pfleger hat mir versprochen, für mich ein Brot einzuliegen.“

Vielleicht werde ich künftig Brot bekommen — —

Hört ihr? Hüß! Mark mehr Unterstützung werden diesen Menschen glücklich machen!

„Geben Sie keine Angehörigen?“

„Drei Kinder. Aber sie sind alle verheiratet, haben selbst große Familie und genug Sorgen für sich. Sie wohnen auch nicht hier. Und ich will ihnen nicht zur Last fallen.“

So sprach der Mann, nahe an den Siebziger. Einer von den vielen ausgebeuteten Arbeitern, die im Alter alleingelassen dem Elend ausgeliefert wären, ohne die kleine Unterstützung, die sie von dem Bettelstahl rettet. Denn: betteln kann nicht jeder!

Wir wollen hoffen, daß es in der Zukunft, für die wir kämpfen, anders wird. Schöne geräumige Altersheime für die Invaliden und ausreichende staatliche Versorgung denen, die noch ihr Heim besitzen. K. L.

## Justiz und Standesherrn

„Alle Deutschen sind vor dem Gesetz gleich... Öffentlich-rechtliche Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes sind aufzuheben...“

Das steht in der Verfassung unserer demokratischen Republik. Demzufolge darf es keine Vorrechte oder Nachteile der Geburt oder des Standes geben — sofern es der Justiz eben unserer demokratischen Republik gefällt. Es gefällt ihr aber oft nicht, wie folgender Fall beweist.

Nach einer Entscheidung der 2. Zivilkammer des Landgerichts in Münster vom 21. Mai 1928 wurde den drei Standesherrn Herzog von Arenberg, Fürst von Salm-Salm und Salm-Horstmar eine Aufwertung ihrer Staatsrenten in Höhe von 40 vH ausgesprochen. Gegen dieses Urteil legten sowohl die drei Standesherrn als auch der Staat Berufung ein. Das Oberlandesgericht in Hamm, dessen 11. Zivilsenat sich mit der Berufung von beschäftigten hatte, sprach daraufhin den Standesherrn eine Aufwertung von 60 vH zu.

Da es unserer Justiz beliebt, erhalten die schwerreichen Standesherrn ihre moralisch höchst ansehnlichen Renten bis auf 60 vH aufgewertet, die Millionen Hypothekengläubiger, Spar- und Kriegsanleihezeichner usw. bekommen meist nicht mehr wie 12 vH, also fünfmal weniger als die Wankblütigen. — Ja, ja, in unserer Republik geht alle Macht vom Volke aus!

## Das Motorrad

Ein einseitig liegendes ländliches Gasthaus leitet ein Mann ein, der einen sehr abgerissenen und verdächtigen Eindruck macht. Er setzt sich in der Nähe des Ausgangs und bestellt ein gutes Essen und eine Flasche Wein. Sein Motorrad leuchtet er an den Tisch.

„Ich kann Essen und Wein doch schnell bekommen?“ fragt er den Wirt.

„Gewiß“, meint der Wirt und streichelt bedächtig den Bart — „aber Leute mit einem Motorrad müssen bei mir im Voraus bezahlen!“

## Fein heraus

„Der gute Adam hatte es doch besser als wir, er brauchte doch wenigstens eines nicht zu befürchten“, sagte ein Ehemann zum andern.

„Aun, das wäre?“

„Daß seine Schwiegermutter bei ihm zu Besuch kommen könnte!“

Dienstmädchen: „Sie sagten doch, daß sich die alte Base im Salon von Generation zu Generation berecht habe!“

Hausfrau: „Ja — und —“

Dienstmädchen: „Bei der gegenwärtigen Generation ist sie erst zwei gegangen.“



# Sozialpolitik



## Ausbau der Invalidenversicherung

Die Herabsetzung der Altersgrenze von 65 auf 60 Jahre für den Bezug der Invalidenrente ist schon des öftern gefordert worden. Leider wurde von den Gewerkschaften diese Forderung im vorigen Jahre „als zurzeit nicht vorbringlich“ fallen gelassen. Dabei ist es unbestrittene Tatsache, daß in der Industrie, abgesehen von den Kleinbetrieben, der Arbeiter mit 40 bis 45 Jahren als verbraucht angesehen und zum alten Eisen geworfen wird.

Diese Tatsache gerade sollte die Spitzengewerkschaften nötigen, ihre Stellung zu dieser Frage einer Überprüfung zu unterziehen. Denn die Gründe, die damals gegen eine Herabsetzung der Altersgrenze angeführt wurden, sind bei näherer Betrachtung nicht stichhaltig. Was will es denn besagen, wenn in der Landwirtschaft 60jährige Arbeiter noch voll beschäftigt werden? Dadurch werden doch die oben angeführten Tatsachen hinsichtlich der Stellungnahme der Industrie nicht entkräftet. Zudem ist es noch fraglich, ob in der Landwirtschaft durchweg diese alten Leute beschäftigt werden.

Bei einer Herabsetzung der Altersgrenze für den Rentenbezug aus der Invalidenversicherung müßte diese Verbesserung natürlich auch für die Angestelltenversicherung eingeführt werden. Denn für die Angestellten liegen die Arbeitsverhältnisse gleich ungünstig. Hier hat der Gesetzgeber indessen eine Zwischenlösung gefunden, um die älteren Leute, die von der Arbeitslosenversicherung ausgeschlossen sind, vor der äußersten Not zu schützen.

Der Reichstag hat im März dieses Jahres ein Gesetz verabschiedet, das zwei Verbesserungen in den Ruhegeldbezug der Angestellten bringt. Das Gesetz bestimmt:

„Als berufsuntfähig... gilt auch, wer das sechzigste Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens einem Jahre ununterbrochen arbeitslos ist. Das Ruhegeld wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt. Besteht ein Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung... so beginnt das Ruhegeld frühestens mit dem Ablauf dieses Anspruchs. Das Ruhegeld fällt mit dem Ablauf des Monats weg, in dem der Empfänger (wieder) in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt. Für die Anwendung... bleibt eine Beschäftigung, die über eine gelegentliche Aushilfe nicht hinausgeht, außer Betracht.“

Diese nicht unwesentlichen Verbesserungen des Angestelltenversicherungsgesetzes bringen erstens eine Begrenzung der bisherigen Wartezeit, zweitens eine auf bestimmten Voraussetzungen beruhende Herabsetzung der Altersgrenze für den Bezug des sogenannten Ruhegeldes (Altersrente). Voraussetzung für die Inanspruchnahme der Versicherungsleistungen der AV ist demnach neben den gesetzlichen Forderungen hinsichtlich Wartezeit und Aufrechterhaltung der Anwartschaft, die Vollendung des 60. Lebensjahres und der Fortfall der Arbeitslosen- und Rentenunterstützung (Kasssteuerung).

Die Verbesserung sei den Angestellten gerne gegönnt. Kein denkender Mensch wird ihnen das weiden. Mehr ist denn diese Verbesserung nur in der AV durchführbar? Oder soll damit Lundgetan werden, daß es erst- und zweitklassige Versicherte gibt? Die künstlich geschaffene Kluft zwischen Arbeiter und Angestellter wird dadurch sicher nicht verringert. Auch die der AV unterliegende Bevölkerung hat grundsätzlich die gleichen Ansprüche auf Versicherungsleistungen. Ist es nicht gleich, ob dem Versicherten die Werkstatt oder das Büro verschlossen ist? Das Brot ist doch für beide gleich teuer.

Diese Gleichstellung beider Versichertenkreise wäre durch eine Ergänzung des § 1255 Abs. 3 RVO in etwa folgender Form festzulegen:

„Invalidenrente erhält auch der Versicherte, der das sechzigste Lebensjahr vollendet hat und dessen Anspruch auf Arbeitslosen- und Rentenunterstützung erschöpft ist. Die Invalidenrente wird für die weitere Dauer der Arbeitslosigkeit gewährt. Die Rente fällt mit dem Ablauf des Monats fort, in dem der Empfänger wieder in eine versicherungspflichtige Beschäftigung eintritt. Eine Beschäftigung, die über eine gelegentliche Aushilfe nicht hinausgeht, bleibt außer Betracht.“

Auch eine Minderung des Grades der Erwerbsbeschränkung von 66% auf 51 vH für die Invalidisierung ist dringend geboten. Die geldlichen Leistungen bedürfen auch durchweg einer den heutigen Verhältnissen einigermaßen angepaßten Steigerung. Den Witwen verstorbener Versichelter wäre ohne Rücksicht auf Alter oder Erwerbsbeschränkung die Witwenrente zu gewähren. Dieser Rechtsanspruch auf die Versicherungsleistungen müßte ebenfalls Eltern und Großeltern zustehen, sofern sie von dem Versicherten unterstützt worden sind. Ein Versorgungsrecht müßte weiter für die schuldlos geschiedene Ehefrau eingeführt werden, indem sie nach dem Tode ihres früheren Mannes mit der Witwe gleichgestellt wird.

Bei der im Herbst zu erwartenden Beratung über Änderungen in der Invalidenversicherung sollte der Reichstag diese Forderungen dem Sozialpolitischen Ausschuss des Reichstages prüfen und vertreten. Es geht nicht an, daß die AV dauernd das Schicksal darstellt. Nötig ist auch ein Ausbau des Selbstverwaltungsrechts der Versicherten in der Richtung einer Beschränkung des überragenden Einflusses der beamteten Vorstandsmitglieder bei den Versicherungsträgern (Landesversicherungsanstalten).

Das sind alles Forderungen, die zum Teil schon in der Angestelltenversicherung verwirklicht sind, zum andern in dem Entwurf der Reichsregierung zum Ausbau der AV aufgestellt wurden. Der Entwurf zur AV enthält Forderungen zum Ausbau der Selbstverwaltung und zur Verbesserung der Versicherungsleistungen.

Die Mittel für die so nötige Erhöhung der geldlichen Leistungen der AV sind nicht allein durch den Ausbau neuer Lohnklassen aufzubringen. Erforderlich ist auch, daß das Reich seine niedrigen Zuschüsse zu einer Steigerung der Grundbeiträge entsprechend erhöht.

Wenn es sich um den Ausbau der Sozialversicherung, um die Erhöhung der fargen Renten handelt, dann heißt es immer sparen und nochmals sparen! Die Verschleuderung von Milliarden Reichsgeldern an die Wirtschaft, den Militarismus und die vielen anderen Nester der Staatskasse finden diese Sparapostel hingegen völlig in der Ordnung. Dann merkt man nichts von einer „objektiven“ Prüfung durch die „Volksvertreter“, obwohl gerade sie alle Ursache hätten, hier auf dem Posten zu sein.

E b i n g h a u s.

## Unfallverhütung und Berufskrankheiten

### Eine sozialpolitische Konferenz des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Der Vorstand unseres Verbandes hatte für den 29. und 30. September die als Vertreter der Versicherten bei den Berufsgenossenschaften, im Reichsversicherungsamt und dem Spruchsenat für Berufskrankheiten tätigen Funktionäre nach Berlin geladen. 118 Kollegen hatten sich mit Vorstandsmitgliedern und den Vortragenden eingefunden, um die Möglichkeiten einer besseren Mitwirkung der Arbeiterchaft bei den Maßnahmen zu beraten, die von den Spitzenorganisationen beabsichtigt sind.

Kollege Brandes vom Vorstand begrüßte die Konferenz in der Hoffnung, daß hier wertvolles für den Arbeiterschutz geleistet werden möge. Der Unfallversicherung unterliegen in der Eisenindustrie 2 1/2 Millionen Menschen. Ein nachträglicher Einfluß der Versicherten müsse Platz greifen. Diese Tagung solle hierfür neue Anregungen und Ansporn für tatkräftige Weiterarbeit geben.

Sobann sprach Kollege Bührig über die Stellung der Versicherungsträger in den Berufsgenossenschaften. Der Redner erklärte, die Arbeiterchaft sei berechtigt, den maßgebenden Einfluß in den Versicherungsträgern auszuüben, da diesen die Betreuung der Arbeitskraft obliege. Die zur Verwendung gelangenden Mittel seien Gelder der Arbeiterchaft, auch der Unternehmeranteil des Versicherungsbeitrags werde von ihnen erarbeitet. Im Gegensatz zur Krankenversicherung, Alters- und Invalidenversicherung und Arbeitslosenversicherung hätten die Versicherten auf die Unfallversicherung keinerlei Einfluß. Die in § 687 borgegebene Möglichkeit, Vertreter der Versicherten in den Vorstand der Berufsgenossenschaften zu wählen, müsse als „weiße Salbe“ bezeichnet werden, da die Ausübung dieser Bestimmung vollkommen in das Belieben der Unternehmer gestellt sei. Die in § 1568a der RVO seit November 1923 borgegebene Mitwirkung bei der Feststellung der Leistungen der Berufsgenossenschaften sei vollkommen ungenügend. Das Gesetz schreibt nur vor, daß mindestens ein Vertreter der Versicherten mitwirkt. Mangels jeglichen Einflusses auf die Verwaltung der Genossenschaften und des bei der Rentenfestsetzung bestehenden Schematismus können die stets in der Minderheit befindlichen Vertreter der Versicherten so gut wie gar nicht wirken. In gleicher Zahl, mit vollem Stimmrecht sollen Vertreter der Versicherten beim Erlass der Unfall- und Verhütungsvorschriften und bei der Beratung des Jahresberichts der technischen Aufsichtsböden mitwirken. Weiter komme den Unternehmern die Bestimmung des § 9 der Reichsversicherungsordnung zuzunehmen, wonach bei Stimmgleichheit die Stimme des Vorsitzenden den Ausschlag gibt. Als wichtig für die Versichertenvertreter sei die Beratung des Jahresberichts anzusehen. Hier müssen sie durch sachliche Kritik einsehen, um einen Ausbau der Unfallvorschriften, wie auch insbesondere des gänzlich unzulänglichen Überwachungsbeschlusses zu erreichen. Die Gewerkschaften hätten stets jede Position ausgenutzt, um durch Mitarbeit zu erweitertem Einfluß zu gelangen. Des müsse auch hier gesehehen.

Als zweiter Redner sprach der Kollege Sachs vom Vorstand des DMB über berufsgenossenschaftliche Aufgaben und gewerkschaftliche Forderungen. Er schärfte zunächst die den Genossenschaftsorganen gebührende Möglichkeiten, durch Verwaltungsmaßnahmen die Versichertenvertreter an der praktischen Arbeit zu hindern. Späte Zustellung der Einladungen und der Entwürfe zu Unfallverhütungsvorschriften oder der Jahresberichte machten es den Versichertenvertretern oft unmöglich, Stellung zu nehmen. Die Berufsgenossenschaften seien nicht verpflichtet, alle gewünschten Vertreter zu laden, es müsse nur die gleiche Zahl wie Unternehmer mitwirken. Durch wechselseitige Einladung werde das Einarbeiten der Versichertenvertreter leicht unmöglich gemacht. Besondere Aufmerksamkeit müsse den in den Berichten der Aufsichtsböden enthaltenen Beschwerden zugewendet werden, wenn diese nicht in der notwendigen Weise mit den Betriebsräten zusammenarbeiten oder mit den staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten. Bei der Tätigkeit der technischen Aufsichtsböden und ihren Jahresberichten sei zu beachten, daß es sich um Personen handle, die von den Unternehmern wirtschaftlich abhängig sind.

Der Redner wendete sich sodann dem Entwurf des DMB zum Arbeiterschutzgesetz zu, durch den eine Vereinheitlichung der Arbeits-

aufsicht und Überführung auf das Reich erfolgen soll. Das Reichsarbeitsministerium habe einen Entwurf ausgearbeitet, durch den die berufsgenossenschaftliche Aufsicht geändert werden soll. Es sei die Einsetzung eines paritätischen Ausschusses unter Vorbehalt des staatlichen Gewerbeaufsichtsbeamten für den Unfall- und Arbeiterschutz vorgesehen. Dieses könne uns aber nicht zufriedenstellen. Auch eine größere Anzahl Einzelbestimmungen, die vom Redner eingehend erörtert wurden, könnten in keiner Weise genügen. Der Kampf um ausreichenden Unfallschutz und genügende Arbeitsschutz müsse daher verstärkt und mit aller Entschiedenheit geführt werden. Es handle sich um das wertvollste Gut der Arbeiterklasse.

In der nun folgenden Aussprache kam einmütig die Genugung zum Ausdruck, daß der Vorstand durch die Veranstaltung der Tagung die Möglichkeit gegeben habe, sich über die Tätigkeit in den Berufsgenossenschaften auszusprechen. Ein enges Zusammenarbeiten der Versichertenvertreter, nach Möglichkeit mit den Betriebsräten, sei dringend notwendig. Eine der wichtigsten Aufgaben sei auch, die Kollegen im Betriebe zur Bekämpfung der Unfallgefahren heranzuziehen.

Am zweiten Tage sprach der Genosse Dr. Meher-Bronn über die Berufskrankheiten und Unfallversicherung. Gewerbliche Berufskrankheiten seien nicht nur für die sozialpolitisch tätigen Gewerkschaften, sondern auch für die Mediziner im wesentlichen Neuland. Berufskrankheiten im rechtlichen Sinne seien nicht alle durch Berufstätigkeit hervorgerufenen Erkrankungen, sondern nur die Erkrankungen, die durch eine besondere Verordnung des Reichsarbeitsministers als solche anerkannt seien. Die Schwierigkeit der Erkennung von Berufskrankheiten liege darin, daß der Betriebsunfall ein augenblicklich eintretendes sei. Soweit sich Berufskrankheiten, Vergiftungen oder ähnliche im Laufe einer Arbeitstätigkeit geltend machen, würden sie auch als Betriebsunfall anerkannt. Die Mehrzahl der Erkrankungen zeige sich aber erst nach langer Zeit. Die Schwierigkeit ihrer Erkennung werde gesteigert, da nicht jeder Arbeiter gleich empfänglich für sie ist. Für leicht empfindliche Personen sei ein Wechsel des Berufs oder der Arbeitsstelle das gegebene Mittel, um Erkrankungen zu entgegen. Die Tatsache, daß man sich in der Erkennung der Krankheitsgefahren noch am Anfang befinde, mache es notwendig, daß alle Beobachtungen den gewerkschaftlichen Organisationen mitgeteilt würden, damit diese den Erscheinungen nachgehen können, um, wenn möglich, die Unterstellung der Erkrankung unter die einschuldigungsrechtlichen Berufskrankheiten durchzusetzen. Der Kampf um höhere Löhne, bessere Wohnverhältnisse sei zugleich ein Kampf um stärkere Widerstandsfähigkeit gegen die gesundheitlichen Gefahren des Betriebes und Berufes.

Dem Vortrag folgte ein Lichtbildvortrag, der die Berufskrankheiten und ihre Störungen auf den menschlichen Organismus vor-Augen führte.

Dem Wunsch des Redners, die in den Betrieben gemachten Beobachtungen zu berichten, wurde bereits in der Aussprache Rechnung getragen. Beobachtungen über Gesundheitsbeschädigungen beim Ausheben und Elektroarbeiten, bei der Arbeit mit Pfeilwurfwerkzeugen, wie auch über Stauberkranke wurden wiedergegeben, Erfahrungsberichte über ungenügende Kenntnisse der Arbeiter dargelegt. Besonders über letzteren Punkt wurde lebhaft Klage geführt. Zum Ausdruck wurde gebracht, daß den Vertretern der Versicherten ein gewisser Schutz eingeräumt werden müsse, um sie vor Maßnahmen der Berufskrankungen durch Wechsel der Arbeitsstelle oder des Berufes zu entziehen, nur selten möglich, da dem außerordentlichen wirtschaftlichen Schwierigkeiten entgegenstünden.

Vom Vorstand wurde am Schluß der Konferenz zum Ausdruck gebracht, daß ihr Verlauf ihre Notwendigkeit erwiesen habe. Das von den Teilnehmern zutage geforderte Material sei äußerst reichhaltig, es sei dringend, dergleichen regelmäßig dem Vorstand zu unterbreiten. Die Verhandlungen der Konferenz sollen im Druck erscheinen, um einer möglichst großen Zahl von Kollegen die Möglichkeit zu geben, sich über die behandelten Fragen zu unterrichten.

## Fabriken und Bäder

### Seitenblicke in der Mittagspause

Mittagspause und Stille... Es ruhen die Maschinen, es schweigt der donnernde Rhythmus der Arbeit. Von nahen Klack Klack leis und melodisch das Rollen der Straßenbahn, auch andere Klöden sind irgendwo noch tönend am Schwingen. Durch halb geöffnete Fenster streicht frisch und kühl die Luft, kämpft mit dem ölschweren Dunst, der den Saal durchwagt. Es drückt der harte Schmelz, darauf ich sitze, von Fett und Schmieze erglänzt die Feilbank, die jetzt als Speisetisch dient. Rechts von mir speien Maschinenreihen ühlen Ölgeruch, links ein Köhlergeruch seine appetitlicheren Düfte in meine Nase. Genüßsam, behaglich schließt der Nachbar es herunter, ganz hingeeben dem wichtigen Akte. Krachen und Klappern der Pfelle sind die einzigen Laute in dem Raum. Nur hin und wieder dringen wie keine Wellen Broden eines Gesprächs zu mir herüber.

Doch der ewig rege Geist, bereit für kurze Minuten vom harten Joch mechanisierter Arbeitszwanges, sucht eifrig, ob er etwas fände, das ihm Ablenkung gäbe vom steten Einerlei des Wertens. Ein Buch? Dessen Schicksal wäre besiegelt im Öl und Schmutz des ungepflegten Raumes, wären die einst weißen Seiten schwarz von den bläuernden Fingern. So also ist jedesweils Stück Papier willkommen, das in perlender Schrift uns irgend etwas künden will, das seine besseren Tage hinter sich hat und nicht mehr aufbegehrt, wenn digne Finger danach greifen. So manches ist es, das hier kühnert! Angefangen von den Blättern der Gewerkschaft und Partei bis zu den sensationsschaffenden Papierbündeln des großkapitalistischen Nachrichtensverleiheres.

So flattert es mir in die Hände, ein schön gedrucktes und behagliches Weibblatt, wie es in allen Zeitungen sich findet, die Generalanzeiger oder ähnlich heißen: Waberbote und Waberschau! — Wir fühlen es tief in unserer machinemantwärtelnden Seele, daß dies Blättchen dringendem Bedürfnisse abhilft, daß es Leute gibt, die andere Sorgen haben wie Alldirichthöhne und verkürzte Arbeitswochen.

Süden, Süden... sonniger Süden, Sommer an der Riviera, Sommer in Nizza, Monte Carlo. So prahlen die Schlagzeilen, rufen es schwarz und prählend in die Welt... Und es weiß der gut beschlagene Verfasser zu plaudern von den Wabervorten der „großen Welt“, von der herrlichen Mittelmeerluft, da von schlanken Palmen sich feinfiedrige Blattwedel niederbeugen unter ewig heitzem Himmel. Von dem Meer, das so blau ist wie der sonnige Firmament, der über dem schönen Flecken Erde sich breitet. Ja, auch hier ist der Himmel blau, und wenn man hinausstarrt aus engen Fensterklappen, lange, lange, dann glaubt die Seele ein wenig zu spüren vom sonnigen Duft des Südens. Köhlergeruch und herber Ölgeruch, roch es nicht seltsam ähnlich in den schmuckigen Gassenstraßen von Neapel, von Catania und Palermo? Die Zeitung

aber plaudert weiter von Nizza und seinem Strand, von den Palmen, von den schimmernden Hotels, wo Zimmer „schön“ von sechs bis acht Mark an zu haben sind.

Sechzehn Mark, arbeitet nicht jedweder von uns zwei harte Tage, nur um diese Summe zu verdienen? Müßen nicht Frau und Kinder sich nähren, und kleiden von der lergen Summe? Nichts für unseren Selbstbeutel, und doch, hier steht es, zwei Zeilen weiter: In Scharen kommen wieder Deutsche zur Riviera, überall hört man deutsche Laute, in allen Hotels wird deutsch gesprochen. Mit Genugung konstatiert Freund Emod weiter: Die Zeit der englischen Vorherrschaft dürfte an der Riviera zu Ende sein, die Deutschen sind wieder das herrschende Element!

Zwischen zwei Schluß lawarmen Kaffees kommt es mir klar ins Bewußtsein: Also da haben wir Deutschen... halt, haben sich diese Sorte Deutschen kraft ihres Rammons den „Platz an der Sonne“ wieder erobert. Uns aber geht es hart und schlecht im deutschen Vaterlande, wir müssen sparen, sparen, damit jene Bourgeois das Geld schneffelweise an die Riviera tragen können! — Ich schaue mich um... hätten sie es nicht nötiger, alle hundertmal nötiger, die Kollegen in diesem Werke, statt dieser Drohnen in die Erholung reisen zu können...! Sieblose Welt, die es dem, der Werke schafft, nicht vergönnt, sich ihrer zu erfreuen. Denn die Welt und dies Erdendasein kann schön sein, wenn, ja wenn nur tiefe Recht und Gerechtigkeit den Erdball regierte. — Perknittert und zerkrümelt fliegt das Blatt in die Ecke. Ein tiefer Achnung: Wir wollen kämpfen, daß es anders werde auf dieser Welt...! E. L. n.

## Überarbeit und Erkrankung

Über die zahlreichen, durch gewöhnliche körperliche Arbeit verursachten Gesundheitsstörungen und deren Entschuldigungsbedingungen hat der berliner Arzt Sanitätsrat Dr. F. Fuchs umfangreiche Untersuchungen angestellt. Es handelt sich in der Hauptsache um Beobachtungen bei Nachuntersuchungen von Mitgliedern der Allgemeinen Ortskrankenkasse Berlin. Dr. Fuchs faßt die Ergebnisse seiner Feststellungen etwa in folgenden Sätzen zusammen: „Gesundheitsstörungen durch körperliche Arbeit äußern sich in beständigen Muskelschmerzen, in Sehenschmerzen und Gelenkentzündungen, Arterienentzündungen, Herz- und Kreislaufstörungen, am Ende in allgemeiner Erschöpfung. Schädigend wirkt gewöhnlich nicht gleichmäßige, wenn auch schwere Berufsarbeit, vielmehr akute körperliche Überanstrengung durch ungenügende Arbeit, durch Überstunden und durch Überforderung der Anforderungen an Augenlicht.“ — Für die Leistung gewerblicher und kaufmännischer Betriebe ergibt sich hieraus der Schluß, daß der durch zeitweilige Überarbeit der Angestellten erzielte augenblickliche Gewinn durch zeitweise oder dauernde Gesundheitsstörungen ihrer Arbeitnehmer wettgemacht wird.

Diesem wichtigen Beitrag zur Einführung des allgemeinen Achtstundentages ist nichts weiter hinzuzufügen.



# Verbandsleben



## Jugend und Alter

### In- und außerhalb der Gewerkschaftsbewegung

Die Trennung von Jung und Alt tritt einem überall entgegen. Oft und oft erlebt man, daß die Jungen mit den Alten zusammengeraten bei der Beurteilung von Fragen, die beide betreffen. Verständlich genug. Eine gesunde Jugend, die nicht mehr dem Drill der Schule folgt und nicht kasernenmäßig behandelt sein will, die erhebt Anspruch auf Vertrauen und gleiches Recht.

Mit dem Seufzer: Endlich ist die Stunde da! begrüßen die Jungen den Austritt aus der Schule. Die so lang und heiß erwartete Freiheit findet jedoch gleich eine harte Schranke in dem Behrvertrage. Eine böse Enttäuschung. Immerhin darf man doch noch seine eigene Meinung haben! Ja, man darf mitreden bei Fragen, die früher der Vater allein entschied und wo sogar die Mutter schweigen mußte. Man darf doch nun Anteil nehmen an öffentlichen Vorgängen, darf Maifeiern, Gewerkschaftsfesten und Versammlungen beizubehalten, wo über Lohnfragen und Ferien geredet wird. Also an allem teilnehmen, was vor sich geht! Allein, wie können die Jungen sich trügen!

Anstatt daß ihnen die Freiheit gestattet wird, nach Herzenslust mitzureden, werden die Jungen angeordnet: Du bist noch zu jung für solche Fragen! Oder: Das ist Sache des Vaters, du verstehst ja doch nichts davon! Oder: Das sind dumme Jungen, die da beim Umzug sind (obwohl die Schulkameraden dabei sind).

Unter solchen Umständen ist es schwer, sehr schwer für die Gewerkschaftskollegen, die mit der Ausbildung der Lehrlinge und jungen Verbandsmitglieder zu tun haben, in die Seele der Jungen einzudringen und zu finden, was dort vorgeht. Kommt man so behandelten jungen Menschen mit dem Beitritt zum Verband, hört man befremdliche Antworten. Auf anhaltendes Drängen holt der Junge bei den Eltern Rat, und hier findet er Widerstand gegen den Beitritt zum Verband. Denn nicht alle Eltern können sich ein Bild machen von der Notwendigkeit des Anschlusses des Jungen zur Gewerkschaft. Unter den Eltern befinden sich häufig sogar langjährig organisierte Väter, die den Widerstand ihres Jungen verstärken mit den Worten: Für die Organisation hast du noch Zeit, erst lerne mal was Ordentliches und verdiene dein Kostgeld, ehe du Geld ausgibst!

So steht sich der junge Mensch gleich zwei Mächten gegenüber, mit denen er ringen muß. Ist aber der Beitritt zum Verband trotz aller Widerstände vollzogen, ist es noch lange nicht ausgemacht, daß der neue Gewerkschafter nun auch an den Bildungsabenden der Jugend- oder Lehrlingsabteilungen teilnimmt. Denn die Eltern sind manchmal so eingestellt, daß sie erklären: Wir sind früher in der Lehre nur zwei Stunden in der Woche in die Schule gegangen und sind auch tüchtige Menschen geworden; es genügt schon, wenn ihr jetzt zweimal jede Woche in die Schule geht. Abends noch umherzuziehen ist vollständig überflüssig.

Der gute Wille des neuen Gewerkschafters ist da vollständig ungenutzt. Selbst alte Gewerkschafter halten ihre Kinder mit ähnlichen Redensarten von den gewerkschaftlichen Vortragsabenden ab. Auch Besserungsversuche der Funktionäre innerhalb des Betriebes scheitern, denn die mit der Ausbildung beauftragten Meister und Gewerkschafter sehen sich nicht veranlaßt, mit dem nötigen Nachdruck auf die Notwendigkeit des Besuchs der Kurse und Vortragsabende der Gewerkschaften hinzuwirken. Ferner sei auf die Durchführung der Jugendzählbestimmungen, der Karte, des Urlaubes für Jugendliche, des Alkoholgenusses, des Wanderns, des Rauchens usw. hingewiesen, worüber es zwischen Jung und Alt Auseinandersetzungen gibt, die eine Annäherung der jungen Gewerkschafter an die Alten fraglich machen. Es sollte längst bei allen alten Gewerkschaftern Übung sein, solche Fragen mit den jungen zu besprechen und sie ihnen zu erläutern. Oft aber bildet sich eine geschlossene Front der alten Gewerkschafter gegen die Unorganisierten gegen den Keimling in der Gewerkschaft und Beruf. Es führt dies oft zur Zerrüttung des ganzen Gewerkschaftslebens des jungen Menschen, denn er stellt alle seine Hoffnungen auf die freie Meinungsäußerung, seine ganze Sehnsucht auf das Ende der Schulmeisterrei begraben. Er geht nach einigen trüben Erfahrungen die größte Gleichgültigkeit für gewerkschaftliche sowie berufliche Dinge. Hier muß versucht werden, gemeinsam mit den Eltern darauf zu wirken, wie Abhilfe geschaffen werden kann.

Warum die Jugend sich heute mehr dem Sport widmet als allen übrigen Fragen, sei hier auch geprüft. Die Jugend kennt den Sport, die Körperkultur aus der Volksschule. Somit bildet er ein Stück des Lebens der Jugend. Beim Sport ist der Jugend die freie Meinungsäußerung nicht verwehrt. Die Jugend selbst kann Karten vollbringen und auch kritisieren. Bei der Wahl des Turnwarts, Spielleiters usw. kommt ihre Stimme zur Geltung. Sie findet dort Gleichgesinnte, selbst die älteren sympathisieren oft mit ihr und die berechtigten Kritik der Jugend hat Erfolg. Nein, die Jugend ist auch Erzieher und Befiegter. Dem Alter fehlt dann oft die Grundlage der Kritik, aber die Jugend läßt die Kritik zu, trümpfert aber auf Grund ihrer Zahl hier zu sehen, wie geschlossene Front wirkt, diesmal dem Alter gegenüber, kann ein älterer Gewerkschafter als Sportler selbst erleben, auch wie tief tieflich die Auswirkungen sind.

An diesen Vorgängen ein Beispiel zu nehmen, hier zu verweisen, auf den Unorganisierten und Keimling in der Gewerkschaftsbewegung bei Besprechung von Sportangelegenheiten auf die Mitgliedschaft der gewerkschaftlichen Organisation hinzuweisen und die Klarstellung der Vortrags- und Bildungsbestrebungen herbeizuführen, sei eine Notwendigkeit für jeden organisierten Proletarier.

Nun wollen wir unbedingt festhalten, daß jeder Gewerkschafter überall die Pflicht hat, jetzt mit seiner Sorgsamkeit gegenüber der Jugend zu brechen, sich mit ihr über alle Fragen, gestellt von der Jugend, zu unterhalten und eine sachliche Klärung herbeizuführen.

Den jüngeren Gewerkschaftern sei aber gesagt, mehr wie bisher dem Keimling in der Gewerkschaftsbewegung zur Seite zu stehen, durch regen Berührungsbereich als Beispiel zu dienen. Auch nicht vertragen im Kampf der Meinungsverschiedenheiten der älteren Gewerkschafter und Arbeitkollegen, sondern immer seinen Mann stellen und durch seine Erfahrungen zu helfen. Denn die Keimlinge in der Gewerkschaftsbewegung richten sich nach den kaum einige Jahre älteren Gewerkschaftern

und nach denen, die ihnen begegnen auf allen öffentlichen Wegen. Auch sollte jeder Gewerkschafter bemüht sein, den Jugend- und Lehrlingsleiter zu unterstützen und dies nicht dem Verbandsfunktionär im Betrieb oder gar dem Betriebsrat zu überlassen. Darum geht der Ruf an alle, durch gemeinsame Arbeit in der Gewerkschaftsbewegung dafür zu sorgen, daß der junge Mensch sich fühlt unter Freunden und Arbeitsbrüdern, mit denen er in Zukunft ringen kann. Er wird sich dann auch bewegen fühlen, von den alten Gewerkschaftern zu lernen und das Gelernte praktisch zu verwerten.

Friedrich Schappert.

## Ch. Leipart schwer verunglückt

In früher Morgenstunde des 14. Oktober erlitt unser Genosse Theodor Leipart, der Vorsitzende des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, einen sehr schweren Unfall. Er fuhr mit dem Direktor der Arbeiterbank, Herrn B a c h e m, von seiner Wohnung in Zehlendorf-Berlin nach dem Büro des Gewerkschaftsbundes. Kurz nachdem der Wagen mit einer Geschwindigkeit von 70 Kilometer in die Abus (Auto-, Verkehrs- und Übungsstraße) eingefahren war, schoß er aus einer noch nicht ganz klaren Ursache (Verfälschung eines Rohres mit der Welle) auf die Rasenböschung der Abus-Strasse, überschlug sich und begrub sozusagen die drei Insassen unter sich. Die drei Verunglückten wurden gleich ins Hildegard-Krankenhaus übergeführt. Der Wagenführer, Herr K u r t B a h n, war glücklicherweise mit ein paar leichteren Verletzungen davon gekommen. Etwas ernster war Herr Bachem mitgenommen worden. Doch konnten diese beiden nach kurzer Zeit aus dem Krankenhaus entlassen werden. Viel schlimmer war Genosse Leipart verunglückt. Er hatte einen Schädelbruch und einen Oberarmbruch erlitten. Die ersten Meldungen von dem Zustand unseres Genossen ließen das Schlimmste befürchten. Zum Glück war sein Zustand doch etwas weniger gefährlich, als es anfänglich schien. Nach den letzten Nachrichten ist das Bewußtsein wiedergekehrt und auch andere Zeichen der Wiedergeburt sind eingetreten, so daß man die Möglichkeit der völligen Wiederherstellung annehmen darf. Dies wünschen wir aus vollem Herzen. Und wir wissen, daß alle unsere Gewerkschaftsgenossen den gleichen Wunsch haben, damit Genosse Leipart seine Tätigkeit bald wieder in der alten Rüstigkeit aufnehmen kann.

## Der Verbandstag der Holzarbeiter

Der Deutsche Holzarbeiterverband hielt seinen diesjährigen Verbandstag Ende September in Bremen ab. Die Berichte offenbarten eine günstige Entwicklung des Verbandes. Er hatte in den verfloffenen Jahren mit einer höheren Arbeitslosigkeit zu rechnen als die meisten Gewerkschaften. Dennoch stieg die Mitgliederzahl in den Jahren 1927 und 1928 um 85 000 auf 318 544. In diesem Jahr hat diese günstige Entwicklung weiter angehalten, so daß Anfang September 320 000 Mitglieder vorhanden waren. Sehr günstig hat sich die Einführung der Invalidenunterstützung ausgewirkt. Die Hauptkasse hat in den zwei Berichtsjahren eine Einnahme von rund 19 Millionen Mark gehabt. Davon stammten 17,8 Millionen aus Beiträgen, 334 000 Mark aus Einnahmen für die Invalidenunterstützung. Das Verbandsvermögen stieg auf 10,5 Millionen Mark. Die Lohnbewegungen waren im Holzgewerbe außerordentlich hartnäckig, aber von guten Erfolgen. Von April 1927 bis April 1928 konnten die Löhne um 12,5 bis 15,3 v. H. gesteigert werden. Da der Index für Lebenshaltungskosten in jener Zeit nur um 4,1 stieg, ist eine teilweise Überschreitung der Vorkriegsrealöhne festzustellen. Der Lehrlingsbewegung hat sich der Holzarbeiterverband mit großer Wärme angenommen. Davon zeugte auch eine Anstaltung, die während der Tagung veranstaltet wurde. Die Holzarbeiterjugend hat eine Anstalt von 21 000.

Der Verbandstag nahm einen harmonischen Verlauf. Die kommunistischen Quertreibereien sind im Holzarbeiterverband fast vollständig überwunden. Von den 200 Delegierten konnten ungefähr 8 bis 10 zur „oppositionellen“ Richtung gezählt werden. Der Vorstand wurde gegen 8 Stimmen wiedergewählt. In Erwähnung ist noch, daß dem Vorstand die Ermächtigung zum Bau eines neuen Verbandsheimes erteilt wurde, wenn die dringende Ergänzung des Hauptverbandes durch die Kammer weiter behindert sein sollte.

## Gründungsfest der Ortsverwaltung in Lindau

Die jüngste Verwaltungsstelle des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, die Verwaltungsstelle Lindau, feierte am 22. September ihr zehnjähriges Bestehen. Der Bevollmächtigte, Kollege Köhl, eröffnete den Abend mit warmen Begrüßungsworten. Neben der großen Zahl der Verbandskollegen mit ihren Familienangehörigen konnte er auch viele Kollegen und Angehörige der übrigen freien Gewerkschaften und der Sozialdemokratischen Partei begrüßen. Ganz besonders begrüßte er die Gründungsmitglieder Stoiber und Böhm. In seinen weiteren Ausführungen gab der Bevollmächtigte einen Rückblick über die Entwicklung der Organisation im Laufe der 25 Jahre. Erwähnenswert ist, daß im Januar 1904 die Ortsverwaltung mit 15 Mitgliedern gegründet wurde, nachdem bereits schon im Jahre 1883 einige organisierte Metallarbeiter in Lindau waren, ihre Beiträge aber nach der nächsten Verwaltungsstelle Ravensburg zahlten. Dazu gehörten auch die Kollegen Stoiber und Böhm. Heute ist die Ortsverwaltung die stärkste Organisation am Ort unter den freien Gewerkschaften. Die Festrede hielt Kollege G e i d e, Lindau, der hauptsächlich den Zweck, die Aufgaben und die Leistungen des Verbandes hervorhob. In feierlicher Unterhaltung bei Musik und Tanz verließen die Stunden sehr rasch. Noch lange wird die Feier den Teilnehmern in Erinnerung bleiben.

## Schriftenschau

„Entwurf eines Berufsfortbildungsgesetzes nach Einleitung und Bemerkungen“. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin S. 14, 50 Pf. Preis 0,80 M. Das Jugendkriterium des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat in der Serie „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften“ ein neues Heft unter obigen Titel herausgegeben. Das Berufsfortbildungsgesetz ist nach jahrelangen Vorarbeiten kürzlich dem Reichstag vorgelegt worden und wird voraussichtlich in den kommenden Monaten im Reichstag zur Beratung kommen. Dem großen Preis der Zeitreife wird es deshalb sicher willkommen sein, in einer handlichen, übersichtlichen Ausgabe den Vorstand des Gewerkschaftsbundes zur Verfügung zu haben.

## Mitteilungen des Vorstandes

Telegraphische Metallverband Stuttgart  
Telephon-Nummern S. 21 624 41 624 42 624 43

Mit Sonntag dem 27. Okt. bis 4. Nov. 1929  
Arbeitszeit vom 27. Oktober bis 2. November 1929 fällig.

## Arbeitsannahme im Ausland

In letzter Zeit häufen sich die Fälle, daß auswandernde Facharbeiter der Metallindustrie aus Deutschland nach Frankreich, besonders nach Elsass-Lothringen und Ostfrankreich, mit den ihnen gebotenen Löhnen nicht auskommen vermögen und dann um ein Eingreifen bei den zuständigen Bezirks- und Lokalstellen des französischen Metallarbeiterverbandes ersuchen. Vorher erkundigen sich die betreffenden Arbeiter in der Regel nicht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen und über die Höhe der Lebenskosten in den betreffenden Gebieten.

Dieses Verhalten ist falsch und widerspricht, soweit Verbandsmitglieder in Frage kommen, auch den statutarischen Vorschriften des Verbandes. Schon im Gebiet des Deutschen Metallarbeiterverbandes wird von den Mitgliedern des DMV verlangt, daß sie sich vor der Annahme einer ihnen an einem anderen Orte angebotenen Arbeitsstelle bei der betreffenden Ortsverwaltung vorher erkundigen sollen, ob Bedenken gegen die Annahme der Stelle bestehen. Ein solches Verfahren ist erst recht notwendig bei Annahme von Arbeit im Ausland, da nicht nur die Lohn- und Arbeitsbedingungen von den deutschen verschieden sind, sondern auch die Höhe der Lebenskosten von den unsrigen abweichen. Wer sich vor Enttäuschungen schützen will, muß also in seinem eigenen Interesse entsprechende Erkundigungen einziehen oder durch die zuständigen Ortsverwaltung einziehen lassen. Es wird deshalb allen Kollegen, die Arbeit im Ausland (und nicht nur in Frankreich) annehmen, dringend empfohlen, über den Weg der zuständigen Ortsverwaltung beim Vorstand des Verbandes, der sich sofort mit der in Frage kommenden Organisation des Auslandes in Verbindung setzt, anzufragen und erst nach günstig lautendem Rückantwort die angebotene Stelle anzunehmen.

Nach dem Ausland abwandernde Verbandsmitglieder haben auch im Auslande die Pflicht des sofortigen Anschlusses an die zuständige Organisation und der Einhaltung der allgemein geltenden gewerkschaftlichen Satzungen und Regeln.

## An die auswandernden Mitglieder

Mitglieder, die im Ausland reisen und kein Kassegeld erheben sowie keine Beiträge bezahlen können, müssen zur Erhaltung ihrer Mitgliedschaft, unter Einbindung ihres Mitgliedsbuches, beim Verbandsvorstand in Stuttgart Stellung der Beiträge beantragen.

Im Ausland arbeitende Mitglieder, die an ihrem Arbeits- oder Wohnort einer Metallarbeiterorganisation nicht beitreten oder zu einer solchen nicht übertreten können, haben sich nach § 5 Abs. 6 und § 34 des Verbandsstatuts unter Einbindung ihres Mitgliedsbuches beim Verbandsvorstand als Einzelmitglied anzumelden.

Bei Nichtbeachtung dieser statutarischen Bestimmungen erlischt die Mitgliedschaft und kann nach etwaiger Rückkehr die erloschene Mitgliedschaft nicht fortgesetzt werden.

Die Ortsverwaltungen werden bringen gebeten, die Kollegen, die sich zu einer Reise ins Ausland oder zur Auswanderung abmelden, auf die statutarischen Bestimmungen aufmerksam zu machen.

Stuttgart, Rüdstraße 16. Der Verbandsvorstand.

## Zur Beachtung! • Zugang ist fernzubalten:

von Carosierarbeitern aller Branchen nach Basel St.;  
von Elektromonteuern nach Hamburg (Schwachstrom).  
von Formern und Gießereiarbeitern nach Landau i. Pfalz (Fa. Eichhorn) D.  
von Metallrüdern nach St. Louis in Ober-Elsass (Fa. Ordnung Aluminiumfabrik) D.

L = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streik in Sicht; St. = Streik; M. = Maßregelung; Mi. = Mißstände; A. = Aussperr.  
Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Verst. und Jahreswende (Feste der Arbeiter, Fest 7). 52 Seiten. Preis 1 M. Verlag E. Altenberger, Waldenburg-Altwasser i. Schles. Steigerweg 23. Jede Jahresszeit hat seine besonderen Schönheiten und gibt Anlaß zu eigenen Stimmungen und Erlebnissen. Schon vor Jahrtausenden waren die Naturfeiern besondere Gelegenheiten bei den Naturvölkern. Auch unsere Zeit hat ein Recht und auch mancherlei Anlaß, solche Feiern der jetzigen Zeit entsprechend wieder zu veranstalten. Sehr gut kann eine solche Feier an Stelle der berühmten Stiftungsfeste treten. Der zweite Teil erstreckt ein Loskommen von dem meist üblichen Silberrummel. Eine bestimmte Stunde zum Jahreswechsel bietet einen Genuß und wird dort sehr gern veranstaltet werden, wo eine Winterwunderfeier nicht möglich ist. Die Auswahl ist reichhaltig in Form von Gedichten, Betrachtungen und Erzählungen und gibt vielseitige Anregungen in volkstümlicher Art und in sozialistischem Geiste. Durch die zahlreichen Mitarbeiter zeigt sich auch die Verschiedenheit in Stimmung, Farbe und Ton. Der weitere Materialnachweis berücksichtigt die Arbeiterliteratur bereits bis Anfang dieses Jahres.

1889-1929. 40 Jahre Bergbau und Bergarbeiterverband. Auf Knappdruckpapier, mit Abbildungen aus dem alten, dem modernen Bergbau und der Verbandsgeschichte, gibt das vom Schriftleiter der Bergbau-Industrie, Reichstagsabgeordneter Limberg, verfaßte Buch eine kurzgefaßte Geschichte des Bergbaues und des Verbandes. Die tiefenhafte Entwicklung des Bergbaues in Deutschland wird an Hand von Schaubildern und Tabellen geschildert. Die Vorgeschichte der Verbandsgründung, die Entree und Ausbreitung der Bergleute nach Freigabe des Bergbaues von staatlicher Bevormundung erzählt lehrreiche Darstellungen. Das Buch ist zum 40. Verbandsjubiläum des Verbandes der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands erschienen. Preis für Gewerkschaftsmitglieder 1,50 M. Verlag der Bergbauindustriearbeiter Deutschlands (Gensmann & Co.). Bochum.

Naturfreunde-Abreißkalender 1930. Das Titelblatt zeigt eine prächtig gelungene Bildmontage. Auf 64 Blättern des Jahres rollen sich Bilder ab, die Zeugnis geben von den Taten der Naturfreunde in bezug auf Errichtung neuer Ferien- und Wanderheime, die erlernen lassen, wie groß und lebensstarkes Wandern sich in der Naturfreundeorganisation vereinigt hat und was die Naturfreunde auf den Wanderungen sehen und erleben. Der Kalender ist zum Preise von 1,60 M. von jeder Partei- und Volksbuchhandlung sowie vom Naturfreunde-Verlag Nürnberg, Weberstraße 1, zu beziehen. — Das Naturfreunde-Jahrbuch 1930 ist im gleichen Verlag erschienen. Es enthält für jeden Wanderer wichtiges und interessantes Material und kostet 1,20 M.

# Auch in Japan keimt die Saat

## 308 000 Arbeiter in 501 Gruppen vereinigt

Von Fritz Kummer

Ohne daß es im Abendlande sonderlich beachtet und gewürdigt worden wäre, ist im Reiche des Mikado eine ganz ähnliche Gewerkschaftsbewegung emporgediehen. Zwar sind (im Juni 1928) erst 308 900 Personen oder 6,5 vH der Industriearbeiterschaft organisiert, und selbst diese Zahl hat für das Wirtschaftsleben und den Lohnkampf noch nicht das Gewicht, wie die gleiche Zahl in einem Industriestaate des Westens. Nichtsdestoweniger ist die Gewerkschaftsbewegung Japans aller Achtung wert. Denn sie stellt ein außergewöhnliches Maß von Opfern und einen außergewöhnlichen Erfolg dar. Um diese Wahrheit ganz ermessen zu können, muß der Gewerkschafter des europäischen Westens den furchtbar steinigen Boden kennen, auf dem in dem ostasiatischen Feudalstaat von gestern das gewerkschaftliche Korn gesät und in die Halme gebracht werden muß.

Als in Europa mit der Bildung von Gewerkschaften begonnen wurde, war ein Stamm von geschulten Handwerkern vorhanden, der in den Zünften Berufsstolz, Korpsgeist, Selbstbewußtsein und Kenntnis von seinem wirtschaftlichen Wert erhalten hatte, dann genossen diese Handwerker öffentliches Ansehen und zuweilen auch politische Rechte. In dem asiatischen Inselreich fehlte jedoch ein solcher Handwerkerstamm, und bei den Industriearbeitern mußten sich Berufsstolz, Korpsgeist und Selbstbewußtsein erst entwickeln. Als vor einem halben Jahrhundert die japanische Industrie sich zu entfalten begann, hatte sie erst Arbeiter zu suchen und sie heranzubilden. Sie fand sie in den Bauernsöhnen, für die der väterliche Reistrog nicht genug Nahrung enthielt, oder in jungen Mädchen, die von ihren Eltern für ein paar Dutzend Yen an den Fabrikanten vermieht, um nicht zu sagen, verkauft wurden. In der Frühzeit der japanischen Industrie waren die Frauen viel zahlreicher als die Männer, und in manchen Gewerben ist das auch heute noch der Fall.

Noch in einer andern Hinsicht unterschied sich die japanische Industriearbeiterschaft sehr wesentlich von dem alten Handwerkerstamm Europas. Die zu Industriearbeitern gewordenen Bauernsöhne waren in einer Zeit und in einer Umgebung aufgewachsen, wo der Geist des Feudalismus, des asiatischen, noch mächtig wucherte; ein Geist, der für die unteren Schichten Unterwürfigkeit, Gehorsam und Genügsamkeit hieß. Die Schicht, aus der die Industriearbeiter kamen, stand sehr weit unten auf der scharf gestuften Gesellschaftspyramide, genöÙ wenig öffentliches Ansehen und war politisch völlig rechtlos.

Mit einem seelisch wie geistig derart beschaffenen und rücksichtslos niedergehaltenen Proletariat Gewerkschaften zu bilden, wäre unmöglich gewesen, selbst wenn es noch bedeutend zahlreicher gewesen wäre. Vor drei Jahrzehnten zählte Japans Industriearbeiterschaft erst kaum fünfviertel Millionen Köpfe, und davon waren 65 vH Frauen und Mädchen. Die Industriearbeiterschaft mußte zunächst einmal die hemmende Fessel des feudalen Geistes los und an Zahl stärker werden, ehe an eine Gewerkschaftsbewegung im europäischen Sinne gedacht werden konnte. Zwar gingen schon vor einem Vierteljahrhundert Berichte von einer Gewerkschaftsbewegung in Japan durch die europäische Presse. Im Vertrauen auf diese Meldungen bin ich (vor nunmehr 20 Jahren) suchend durch Japans Städte und Industriebezirke gewandert, ohne indessen etwas zu entdecken, was einer Gewerkschaft im europäischen Sinne ähnlich sah. Das Fehlen einer Gewerkschaftsbewegung wurde zuweilen damit erklärt, daß das immer noch lebendige feudale Sittengesetz es nicht zu einem Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit kommen lasse und der Fabrikherr für seine Untergebenen ebenso getreulich Sorge wie einst der Feudalherr. Daß diese liebliche Geschichte nicht wahr sein konnte, ließen die Revolten der Erzgräber in Aschio und anderwärts, ein Aufbäumen der restlos geschundenen Kreatur, ahnen. Das Fehlen einer Gewerkschaftsbewegung war allerdings nicht auf eine so dunstige Sache wie die Ethik zurückzuführen, sondern auf konkretere Dinge, was mir freilich erst eine bessere Kenntnis der Menschen und Verhältnisse des einstigen Feudalstaates offenbarte.

Einen tiefen Wandel brachte eigentlich erst der Weltkrieg. Das heidnische Japan wurde gleichfalls aufgerufen, möglichst viel Lebensmittel und Mordwerkzeuge nach Europa zu liefern, damit die christlichen Nationen sich gegenseitig ungemindert abschlagen konnten. Recht viel mußte geliefert werden, die Preise spielten keine Rolle. Die Fabriken schafften mit Vollkraft, alle Hände wurden gebraucht. Die Gewinne der Kriegslieferanten schnellten himmelwärts, die Vergeudung der Neureichen, dort „narikin“ genannt, kannte keine Grenzen, die Arbeiter aber wußten nicht, wie sie die Schreie ihres Magens stillen sollten. Der Preis des Reises hatte sich verdoppelt, verdreifacht. Im August des Jahres 1918 brachen Reiskrawalle aus, die zu Plünderungen, Brandstiftung und Zerstörung von Polizeibüros führten. Die vom Adel gebildete Regierung dankte ab zugunsten eines bürgerlichen Plebejer. Der unmittelbare materielle Erfolg der Streiks war zwar herzlich gering, aber sie hatten einen Regierungswechsel bewirkt und der Polizei wie dem Unternehmertum einen gehörigen Denkzettel gegeben. Das Kraftbewußtsein der Arbeiter stieg. Sie gingen an zu ahnen, wie stark sie sein könnten, wenn sie organisiert wären.

Das erwachte Kraftgefühl bekam bald eine neue Gelegenheit, sich zu betätigen. Für die internationale Arbeitskonferenz in Washington (1919) hatte die Regierung als Vertreter der Arbeiter einen Reedereidirektor aussuchen lassen. Gegen diese „Schande für Japan“ richteten die Arbeiter in Tokio und Yokohama druckvolle Kundgebungen, daß der sonderbare Arbeitervertreter, um nach Washington zu gelangen, das Land wie ein Flüchtling verlassen mußte.

Die zahllosen Streiks in den Kriegsjahren hatten Vereinigungen von Belegschaften entstehen lassen. Sie waren aber zu schwach, um Lohnkämpfe nennenswert zu unterstützen. Nur eine landweit verbreitete Organisation war vorhanden, die Yuaikei, der „Unterstützungsverein für Arbeiter“. Er war im Jahre 1912 unter der Gönnerschaft von „modernen Männern“ der Bourgeoisie entstanden. Er mußte der hohen Gönner und der Polizei wegen sehr vorsichtig zu Werke gehen und sich darauf beschränken, streikenden Belegschaften moralische Hilfe und Rat zu erteilen. Das war zu wenig für die kleinen Gruppen, die der Wegweisung wie der materiellen Unterstützung von außen sehr bedürftig waren, wie oft, hart auf hart mit dem Unternehmer und der Polizei ging. Eine landweite Verbindung der Kräfte, eine gewerkschaftliche Zentrale, wurde immer notwendiger, zumal die über das Land zerstreuten Gewerkschafter (1919) auf 70 000 angewachsen waren. Die Notwendigkeit sollte die Yuaikei erfüllen, weswegen sie den Namen Allgemeiner Japanischer Gewerkschaftsbund (Dai Nippon Rodo Sodomei Yuaikei) erhielt. Das letzte Wort (Yuaikei) ließ man ein Jahr später auch noch fallen, damit ihr Charakter als Unterstützungsverein völlig verwischt wurde.

Dieser Gewerkschaftsbund, kurzum Sodomei genannt, ist jedoch nicht die einzige gewerkschaftliche Zentrale Japans. Eine große Zahl von örtlichen Gruppen und nationalen Verbänden steht ihm noch fern. Immerhin ist er die wichtigste der Gewerkschaftszentralen mit einer Mitgliedschaft von 38 549 (1928), und ihm ist es mehr als einer andern Organisation gelungen, Kollektivverträge abzuschließen, und zwar erstreckten sie sich zur Jahresmitte von 1928 auf 28 Unternehmen mit 5896 Leuten.

Von den etwa 4,7 Millionen in Bergbau und Industrie beschäftigten Personen waren nach dem amtlichen Bericht Ende 1928

308 900 Personen (darunter 12 010 Frauen) organisiert, die sich auf 501 Gruppen verteilen. Von den 501 Gruppen sind 168 in 41 Verbänden vereinigt, den großen Rest bilden örtlich allein stehende Gruppen. Es entfallen auf

Transportwesen . . . . .	59	Gruppen mit	124 485	Mitgliedern
Maschinenbau . . . . .	54		97 608	
Textilgewerbe . . . . .	18		12 032	
Chemie . . . . .	57		10 887	
Gas und Elektrizität . . . . .	14		8 157	
Bergbau . . . . .	15		7 735	
Baugewerbe . . . . .	22		2 833	
Verkehr . . . . .	1		2 232	
Verschiedene . . . . .	251		42 935	

Die gewerkschaftliche Masse zerfällt in drei große Haufen, in eine Rechte eine Linke und in die Mitte, aber ohne auch entsprechend organisatorisch verbunden zu sein. Die Rechte vertritt eine gemäßigte Politik und hat als ihren Mittelpunkt den Allgemeinen Japanischen Gewerkschaftsbund, die schon genannte Sodomei. Die Linke wird gemeinhin als kommunistisch bezeichnet und hat als Mittelpunkt den Japanischen Gewerkschaftsrat oder Hyogikai. Die Mitte wird gebildet von Gruppen, die im November 1926 die Sodomei wegen einem Streit über den Anschluß an eine politische Partei verließen. Diese Richtung nennt sich selbst den „Rechten Weg“ und hat sich ein nationales Band, die Japanische Gewerkschafts-Vereinigung oder Kumiai Domei geschaffen.

### Japanische Gewerkschaftspresse



#### Namen der Blätter und Organisation

1. Rodo (Arbeit), Allgemeiner Japanischer Arbeiterbund.
2. Rodo no Kiuschu, Staatsarbeiter in Kiuschu.
3. Rodo Taischu, Vereinigung Japanischer Gewerkschaften.
4. Rodo Jidai, Arbeitervereinigung des Bezirks Masanschi.
5. Kangio Rodo Schinbun, Allgemeiner Staatsarbeiter-Verband.
6. Roai Jiho, Marinewerftarbeiter in Saseho.
7. Kairen Jiho, Verband der Marinewerftarbeiter-Gewerkschaften.
8. Kumia Sorengo, Vereinigung von Arbeiter-Gewerkschaften.
9. Koiu Jiho, Marinewerftarbeiter in Yokohama.

Die trennenden Merkmale der drei Richtungen hier klarzumachen, würde sehr viel Raum beanspruchen. Es ist auch nicht gerade nötig. Denn die drei Richtungen sind keineswegs scharf voneinander abgegrenzt, sondern überschneiden sich in Gesinnung und Organisation. Und eine große Anzahl von Gruppen rechnet sich zu keiner der Richtungen. Folgedessen ist es unmöglich, die Stärke der Richtungen anzugeben.

Durch all das ist schon angedeutet, daß man in Japan noch nicht zu einer klar umrissenen Gewerkschaftspolitik gekommen ist, sondern daß die Meinungen über die Aufgaben der Gewerkschaft und ihre praktische Tätigkeit noch weit auseinandergehen. Das noch lebhaft andauernde Wirr Durcheinander von gewerkschaftspolitischen Meinungen und Gruppierungen, das Zeichen einer noch jungen Bewegung, ist zurückzuführen auf die rasende Entwicklung der japanischen Industrie, die keine Durchbildung und Festigung gestattete, und ist weiter und besonders zurückzuführen auf die Jugend der japanischen Industriearbeiterschaft, in der sich noch kein genügend starker Kern mit einer fest umrissenen gewerkschaftlichen Auffassung bilden konnte, der als Säuerzeug für die neu in die Industrie strömenden Haufen wirken könnte.

Dieser Stand der Dinge gibt auch eine teilweise Erklärung dafür, daß fast auf einem jeden nationalen und Berufskongreß die Frage nach einer Verschmelzung der Richtungen behandelt wird und daß das Ergebnis der Verhandlung meist eine noch größere Uneinigkeit und ein Absinken von Gruppen von der einen oder der andern Richtung ist. Das war abermals am 21. Juli der Fall, wo sechs Gewerkschaften in Fukagawa-Tokio beisammen waren, um einen „Allumfassenden Gewerkschaftsrat“ zu schaffen. Es waren dies abgesplitterte Teile des (kommunistischen) Nationalen Rates der Gewerkschaften (Hyogikai), die sich eine neue Zentrale bilden wollten. Bei den meisten der Splitterungen und Neubildungsversuchen spielt die Losung „Einheitsfront“ eine große Rolle. Wo die Einheitsfrontler erscheinen, ist es auch in Japan mit der Einheitsfront vorbei. Der jüngste Versuch endete wie viele andere damit, daß nach einer heftigen Auseinandersetzung ein Teil der Vertreter protestierend davonfleckte. So hier. Bei anderen Gelegenheiten wird eifrig nach dem „Rechten Weg“ gesucht. Dieser Weg wird erst durch eine viel längere praktische Erfahrung aufgezeigt werden.

Eine Arbeiterschaft, deren Geist und Seele noch so schwer von dem Erbe der feudalen Vergangenheit gedrückt ist und deren große Mehrzahl es im Produktionsprozeß noch nicht zu einer Schlüsselstellung gebracht hat — eine solche Arbeiterschaft konnte es noch nicht zu einer Gewerkschaftsbewegung im europäischen Sinne bringen. Wunder geschehen auch nicht im Lande der aufgehenden Sonne. So schwach und zersplittert und geistig wirr die japanische Gewerkschaftsbewegung auch heute ist, sie ist dennoch eine beachtenswerte, versprechende Leistung.

### Vorstandssitzung des IGB in Amsterdam

Die Vorstandssitzung des IGB, die am 24. und 25. September stattfand, befaßte sich zunächst mit der Wahl eines Hilfssekretärs des IGB. Nach Prüfung der Vorschläge der Landeszentralen wurde für den Posten Walter Stevens (Belgien) erkoren, der Sekretär des belgischen Arbeiter-Verbandes in Antwerpen ist. Genosse Scheven, Metallarbeiter und 34 Jahre alt. Er wird die neue Stellung spätestens am 1. Januar des nächsten Jahres antreten.

Sodann behandelte der Vorstand das Gesuch, den Heizern und Maschinisten eine besondere Internationale zuzuerkennen. Der Vorstand kam auf Grund der Antworten der Landeszentralen zu einer Ablehnung des Gesuches. Es wird also nicht auch noch eine Internationale der Heizer und Maschinisten geben, deren Berufsbelange aber werden wie bisher von dem Internationalen Metallarbeiterbund mitvertreten werden. — In Sachen der Sozialpolitik wurde beschlossen, das Sekretariat des IGB mit der Ausarbeitung eines Entwurfs für ein internationales sozialpolitisches Programm zu beauftragen. Nach Durchberatung im Vorstand soll der Programmtext den Landeszentralen zur Äußerung unterbreitet werden, wonach der Vorstand, unter Umständen unter Hinzuziehung von Sachverständigen aus den verschiedenen Ländern, den endgültigen Wortlaut des Programms feststellen wird. Auf dem kommenden internationalen Gewerkschaftskongreß soll der Programmtext sodann Gegenstand besonderer Besprechungen sein.

### Der französische Verbandstag

Am 15. und 16. September waren zu Paris die Vertreter des französischen Metallarbeiterverbandes beisammen. Vom Auslande war eine ziemliche Zahl von Vertretern erschienen, vom DMV der Kollege Tost. Der Sekretär der Eisernen Internationale, Kamerad Iig, Bern, begrüßte den Kongreß. Hierauf wurde der Geschäftsbericht des Vorstandes behandelt. Da er gedruckt vorlag, konnte gleich mit der Aussprache begonnen werden. Von verschiedenen Rednern wurde die Mißachtung des Gewerkschaftsgesetzes (Koalitionsrecht) beklagt, das den organisierten Arbeitern Schutz gegen Maßregelung gibt. Die Unternehmer kümmern sich wenig um dieses Gesetz, sondern werfen organisierte Leute auf die Straße und setzen sie obendrein noch auf die schwarze Liste. Es wurde daher gefordert, daß der Gewerkschaftsbund nachdrücklichere Maßregeln gegen das Gesetz mißachtende Unternehmer bei der Regierung durchsetzt. Der Geschäfts- und der Kassenbericht wurden sodann gutgeheißen. Nach dem Bericht beträgt der Kassensüberschuß 500 000 Franken, die in den verschiedenen Fonds für Streik-, Arbeitslosen- und anderer Unterstützung angelegt sind.

Die Lohnfrage wurde sehr eingehend erörtert. Die Steigerung der Bezahlung wird in der französischen Metallindustrie dadurch sehr erschwert, daß eine Unmasse ausländischer Arbeiter beschäftigt werden, für die selbst die niedrigste Bezahlung noch sehr hoch ist im Vergleich zu der ihres Ursprungslandes. Die fremden Proletarier sind wegen ihrer Bedürfnislosigkeit und ihrer Verständnislosigkeit für die Gewerkschaft sehr schwer für die Organisation zu gewinnen. Das nutzen die Unternehmer weidlich aus. Die Löhne in Goldwert berechnet sind daher außerordentlich niedrig, während die eingeborenen, meist gelernten Leute etwas besser bezahlt werden, um die Scheidung der Proletarier zu erhalten. Wie bei der Bezahlung, so bei der Arbeitszeit. Eigentlich müßte der Achtstundentag nach dem Dekret vom 2. April 1926 fast die Regel sein, da Ausnahmen nur unter gewissen Bedingungen Platz greifen sollen. Da es aber an einer einigermaßen guten Gewerkschaft fehlt, finden die Unternehmer bei der Verlängerung der Frontzeit keine Schranke. Mit dem Mangel an Arbeitskräften — es gibt in Frankreich praktisch keine Erwerbslosen — gelingt es den Unternehmern, der Öffentlichkeit weiszumachen, die Überschreitung des Achtstundentages und die Überstunden seien unerlässlich.

In mehreren Entschlüssen wurden die in der Aussprache zutage getretenen Klagen und Forderungen zusammengefaßt. Es wurde unter anderm die Einführung der Arbeitslosenversicherung, eine wirksamere gesetzliche Bürgschaft des Koalitionsrechts, schärfere Beachtung der Bestimmungen der Arbeitszeit und bezahlte Ferien gefordert. Schließlich wurde noch das Verbandsstatut bezüglich der Soldatenunterstützung in der Weise geändert, daß fortan Mitglieder, die dem Verbandsstatut mindestens zwei Jahre angehören und zum Militärdienst verdammt sind, nicht mehr 6, sondern 15 Franken je Vierteljahr erhalten.

### Schwierige Lage der finnischen Gewerkschaftsbewegung

Über die in den letzten Tagen in der Gewerkschaftsbewegung Finnlands eingetretenen Schwierigkeiten erhält der IGB folgenden Bericht:

Seit sich die finnischen Kommunisten im Jahre 1920 der Führung der gewerkschaftlichen Bewegung ihres Landes bemächtigt haben, ist die innere Lage der Bewegung immer schlechter geworden. Die Kommunisten, die von Rußland aus stark beeinflußt wurden, benützten ihre Stellung, um kommunistische Politik zu treiben, was unter den sozialdemokratisch gesinnten Mitgliedern der gewerkschaftlichen Organisationen Unwillen erregte. Auf dem letzten Kongreß der Landeszentrale im Mai 1929 beschlossen deshalb die sozialdemokratischen Vertreter des Vorstandes, aus dieser auszutreten. Die Leitung wurde ausschließlich mit Kommunisten besetzt und unter diesen waren die radikalsten vorherrschend, die ihre Befehle aus Moskau erhalten.

Dadurch wurde eine äußerst unbefriedigende Lage geschaffen. Wohl war auf diese Weise die Einheit der Bewegung, für die die sozialdemokratischen Mitglieder schon so viele Opfer gebracht hatten, bewahrt, andererseits aber mußten sie sehen, wie die kommunistische Leitung die finanziellen Mittel rücksichtslos in den Dienst kommunistischer Parteipropaganda stellte.

Um die Richtlinien der Tätigkeit auf dem gewerkschaftlichen Gebiete zu ziehen, fand nun am 29. und 30. September in Helsingfors ein Kongreß von gewerkschaftlich organisierten Sozialdemokraten statt. Es waren gegen 200 Vertreter anwesend. Der Gedanke an eine ganz neue Landeszentrale wurde abgelehnt, aber der Kongreß stellte fest, daß in Anbetracht der ausschließlich kommunistischen Leitung die jetzige Landeszentrale nicht berechtigt sein kann, im Namen aller gewerkschaftlich organisierten Arbeiter zu sprechen. Ihre Tätigkeit ist nicht so sehr gegen die kapitalistische Ausbeutung, als vielmehr gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Der Kongreß forderte deshalb die angeschlossenen Verbände und örtlichen Organisationen auf, aus der Landeszentrale auszutreten und an sie keine Beiträge mehr zu entrichten. Um ein Bindeglied zwischen den ausgeschiedenen Organisationen zu schaffen, wurde ein Vollzugsausschuß bestellt. Der Ausschuß hat die Arbeiter aufgefordert, den individuellen Austritt zu vermeiden. Auch sollen einzelne Gewerkschaften nur austreten, nachdem sie darüber mit dem Ausschuß verhandelt haben.

In der allerletzten Zeit haben sich — vielleicht unter dem Eindrucke dieser Ereignisse — die inneren Streitigkeiten unter den Kommunisten verschärft. Die Kluft zwischen den von Moskau abhängigen Führern und den gemäßigten, die nur aus Zwang jenen gehorchten, vergrößert sich zusehends. Mehrere kommunistische Führer werden jetzt schon als „unzuverlässig“ betrachtet und man fordert ihren Ausschuß aus der kommunistischen Partei. Wie in anderen Ländern, so ist auch hier die Schwächung der ganzen Bewegung das erste Ergebnis kommunistischer Führung.

